

NETZ-Info

2018/2



„Global denken –
lokal handeln“

Ökumenisches Netz Bayern
für Gerechtigkeit, Frieden
und Bewahrung der Schöpfung

INHALT	Seite	Christlich-soziale Politik	20
Infobrief	3	Kirchliche Stimme zum Thema	21
		Reclaiming Jesus	22
Frieden		Der neue Leiter des Bamf	26
Kirche des Friedens werden	4	Projekt DORIAN	27
Tödliche Spirale	5		
Tabubruch durch die Hintertür	6	Schöpfung	
Rüstungsplanung	7	Aufzüge wichtige Bewegungsmittel	28
Kein Friede zwischen Nationen	8	Was Wunder bewirken	30
Mayors for Peace	9		
Frieden geht anders	10	Ökumene	
Atomwaffenverbot ins Grundgesetz	11	Orden für Bedform-Strohm	30
		Paul-Spiegel-Preis verliehen	31
Gerechtigkeit		Kopftuch kein religiöses Muss	31
Fluchtursachen bekämpfen	13	Beauftragter für jüdisches Leben	31
Menschenrechte beachten	17		
Bamberger Appell	18	Buchempfehlungen	31
Söders Asylplan	19	Letzte Seite	33

TRÄGERVEREIN ÖKUMENISCHES NETZ BAYERN e.V.

Vorsitzende: Michael Kappus und Sybille Ott

Buchungsstelle: Christiane Hohenstein-Zechbauer (Schatzmeisterin),

Homepage: www.oekumenisches-netz-bayern.de oder kurz: www.oenb.de

Bankverbindung: LIGA Bank eG Regensburg, IBAN: DE21 7509 0300 0001 3109 92 oder

Evangelische Bank Kassel, IBAN: DE14 5206 0410 0003 5025 20

Ständiger Ausschuss (STAU)

(Veröffentlichung der Namensliste mit Genehmigung der Mitglieder des STAUs)

Caesperlein, Dr. Adolf,	Bäumlrstr. 51, 82178 Puchheim, E-Mail: adolf.caesperlein@chmela.de
Garten, Regina	Ödenberger Str. 154, 90491 Nürnberg, 0911/593361, Email queensgarden@t-online.de
Gollwitzer, Elisabeth	Zum Stiegelfeld 1, Nürnberg, E-Mail: elisabeth-gollwitzer@web.de
Hennig, Dr. Rainer	Gartenstr. 13, 95119 Naila, 09282/9849690; E-Mail rainer-hennig@t-online.de
Kappus, Michael	Tölzerstr. 7, 81379 München, 089/7232742 kappusm@aol.com
Noggler, Dr. Othmar	Kapuzinerstr. 34, 80469 München, 0151/28593558, E-Mail: onoggler@gmx.de
Olberz, Marlies	Franz-Stenzer-Str, 4, 81245 München, E-Mail: mmolberz@web.de
Ott, Sybille	kda, Schwanthalerstr. 91, 80336 München, 089/53073734, E-Mail: ott.sybille@kda-bayern.de
Schmid, Hans-Jörg	Unter dem Lehenhof 28, 91413 Neustadt, 09161/307451, E-Mail: b-hj.schmid@web.de
Schneeweiß, Gudrun	Untere Dorfstraße 36 c, 82269 Geltendorf, 08193/999911 E-Mail: gudrun@schneeweiss-net.de
Stahl, Sepp	Sonnenstraße 18, 93356 Teugn, 09405/2677 E-Mail: josef.stahl@web.de
v. Sayn-Wittgenstein, Christian-Ludwig,	Rothschwaiger Str. 39, 82256 Fürstenfeldbruck E-Mail: christian-sayn.2010@googlmail.com
Willberg, Hans Harald	Mühlbachweg 13, 90559 Burgthann, 09183/950039 E-Mail: haha.willberg@t-online.de

IMPRESSUM:

Das NETZ-Info ist ein Informationsdienst für Mitglieder, Aktive, Freunde und Interessierte des Ökumenischen Netzes Bayern (ÖNB). Es erscheint mehrmals im Jahr.

Redaktion: Hans-Jörg Schmid, Sepp Stahl, Hans Harald Willberg

Herausgeber: Ökumenisches Netz Bayern, c/o H. H. Willberg, Mühlbachweg 13, 90559

Burghthann; Druck: Scharf – Druck und mehr, Burghthann; Versand: H. H. Willberg, Email:

haha.willberg@t-online.de

Adressänderungen bitte an **Christiane Hohenstein-Zechbauer, czechbauer@web.de**

Infobrief

Am 19. Juli 1985 wurde der Schriftsteller Heinrich Böll in Merten in der Eifel beerdigt. Günter Grass hat zu seiner Erinnerung das folgende Wort geschrieben: „Nicht nur, dass er, geprägt von Kriegserfahrungen, Pazifist war, vielmehr galt ihm, bei aller Lust an polemischer Zuspitzung, die Nächstenliebe als erstes Gebot. Gleich danach kamen die Gnade der Vergebung und radikal praktiziertes Mitleid: Lauter Ladenhüter in einer mehr und mehr vom Konsum und dem permanenten Konkurrenzkampf bestimmten Gesellschaft.“ (zeitzeichen 12/2017)

Nächstenliebe als das erste Gebot – und gleich danach Gnade und Mitleid! Es sähe wohl anders aus in unserer Welt, wenn mehr Menschen so denken würden. Jetzt weiß ich, weshalb ich die Geschichten von Böll schon als Junge so gerne gelesen habe: Weil in ihnen immer das „radikal praktizierte Mitleid“ zu spüren war. Zum Beispiel mit dem kleinen Jungen, der am Heiligen Abend ganz verloren im Hotel herumlieft – und dann mit dem Ober ein Loch in den Parkettboden bohrt und Murmeln spielt.

„Bei aller Lust an polemischer Zuspitzung“ – sie ist nötig. Die unrechtmäßigen Dinge müssen benannt, zugespitzt werden. Das große, bequeme Verschweigen macht das Unrecht nur größer. Dass zum Beispiel das Elend der Flüchtlinge hinter dem Konkurrenzkampf und den taktischen Spielen und Streitereien des bayerischen Wahlkampfes ausgeblendet wird, muss öffentlich zugespitzt werden. Es ist Unrecht! Uns hat eine ganze Reihe von Stellungnahmen zur deutschen Flüchtlingspolitik – oder soll ich lieber sagen: zur deutschen Abschiebepolitik – erreicht, auch aus dem kirchlichen Raum. Darüber freuen wir uns und geben einige davon hier wieder. Ebenso zur ständigen Steigerung der Waffenproduktion und -exporte, auch in Krisenländer, die einer der Gründe für die schrecklichen Kriege im Nahen Osten und anderswo sein dürften.

Das ÖNB wurde vor gut 30 Jahren auch dafür gegründet, eine öffentliche Stimme zu sein; eine Stimme, die zuspitzt und die Beachtung der notwendigen Prioritäten einfordert: Nächstenliebe als erstes Gebot, Gnade der Vergebung und radikal praktiziertes Mitleid. Lauter – lebensnotwendige – Ladenhüter! Wie die Praxis des konziliaren Prozesses für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Auch so ein Ladenhüter. Wir sind nicht nur ein privater Debattierclub. Wir haben uns zugespitzt zu äußern, öffentlich!

Viele wichtige Themen werden in diesem Heft angesprochen. Sie unter die Lupe der Böll'schen „Ladenhüter“ zu stellen und genau anzuschauen, möge unseren Lesern gelingen.

Und wenn Sie uns eine Rückmeldung geben wollen, freuen wir uns.

Hans-Jörg Schmid, Sepp Stahl, Hans Harald Willberg
Burghthann im Juli 2018

Bitte notieren: Am **6. April 2018** findet der nächste **Studientag des ÖNB** in statt. Sein Thema und der Veranstaltungsort liegen noch nicht fest.

Unsere Geschäftsführerin Christiane Zechbauer bittet um die Mitteilung **Eurer Emailadressen**. Die Korrespondenz wird dadurch wesentlich erleichtert: czechbauer@web.de. Natürlich werden diese Adressen sofort gelöscht, wenn der Wunsch besteht.

"Auf dem Weg zur 'Kirche des gerechten Friedens'"

(Wie machen wir das in Niedersachsen?)

Subjektive Eindrücke von einer Arbeitstagung in Loccum

Die Evangelische Akademie Loccum hat Mitte Juni '18 zu einer 3tägigen Arbeitstagung zum Friedensthema eingeladen, auch das ÖNB. Nachdem geklärt wurde, dass wir aus Bayern, auch ohne tiefere Kenntnis der kirchlichen Gegebenheiten Niedersachsens, dennoch teilnehmen sollten, bin ich auf die Reise gegangen, um einiges zu entdecken: Niedersachsens Kirchen-Synoden haben bereits beschlossen, sich auf den Weg zu machen zu einer Kirche des gerechten Friedens (ausgehend von der Ökumenischen Vollversammlung in Busan, 2013). Uns in der ELKB steht eine Friedenssynode noch bevor, im März 2019 in Lindau am Bodensee.

So bin ich aufgebrochen in die landschaftlich wunderbar gelegene Akademie Loccum am Steinhuder Meer. Es war eine von Männern vorbereitete Arbeitstagung: Kein Wunder, dass nach 8-stündiger Kopfarbeit dieser abends um 22 Uhr brummte. Von der schönen Umgebung habe ich leider so gut wie nichts mitbekommen. Von der Kopfarbeit wird es demnächst ein ausführliches Protokoll geben. Ich frage mich fürs NETZ-INFO, was für mich persönlich hängengeblieben ist?

Entdeckt habe ich, und darin sehe ich ein hoffnungsvolles Zeichen, dass bereits in einigen Landeskirchen ein Friedensprozess begonnen hat. Eine Vernetzung dieses Prozesses unter Gemeinden, Christen und Kirchen ist/wäre sehr sinnvoll. Es muss ja nicht jede Kirche "das Rad des Friedens" neu erfinden, über gleiche Stolpersteine fallen. Gut ist, wenn wir voneinander und miteinander lernen. Ein Beispiel: Wie gehen wir mit dem Argument um (es kommt vermehrt aus der Militärseelsorge), dass wir in einer "nicht erlösten Welt" leben (Barmer Erklärung!). Daraus kann man folgern: Deshalb brauchen wir leider immer noch Militär und einen Staat, der dies einsetzt, natürlich nachrangig, wenn alle zivilen Wege der Konfliktlösung versagt haben. Bei Gesprächen in den Pausen, beim gemeinsamen Essen,

mit Menschen, die Friedensarbeit in den DDR-Kirchen erlebt oder gar mitgetragen haben, habe ich einerseits gelernt, dass diese doch ergebnisreiche Friedensarbeit beim Anschluss der DDR-Kirchen an die EKD offenbar völlig im Papierkorb der Kirchengeschichte landete.

Andererseits: Wenn es zutrifft, dass wir in einer "unerlösten Welt" leben - und die Regierenden der Welt heute belegen das fast tagtäglich - dann gilt der alte Spruch: "Messer, Gabel, Schere, Licht, sind für kleine Kinder nicht!" genauso heute für die großen Kinder und Regenten der Erde. Etwa so: "Gewehre, Raketen, Drohnen, atomares Feuerlicht, sind für große Buben nicht!" Ich arbeite dafür: Christen lassen sich von diesen gefährlichen Werkzeugen des Todes befreien und verbannen sie gemeinsam mit anderen Schwestern und Brüdern von der Erde!

Zum Thema "Kirche des gerechten Friedens" hörten wir von Bischof i.R. Martin Schindehütte, Vorsitzender der "Expertenrunde Frieden" in der Hannoverschen Landeskirche, Kassel, eine theologische Fundierung und Impulse aus der ökumenischen Bewegung. Grundlegend sei: Nicht wir, der Mensch, ist die Krone der Schöpfung, sondern auch wir Menschen sind nur Glieder der großen Schöpfung Gottes. Wenn ein Glied leidet, spürt dies die ganze Schöpfung. Wenn Menschen sich zu Herren der Schöpfung ermächtigen, lästern sie Gott, zerstören die Schöpfung, sägen am Ast, auf dem wir alle sitzen. Mit der ganzen Schöpfung sind wir dagegen bestimmt zum Lobe Gottes! Das habe ich wohl schon gewusst und dafür geworben seit den 80er Jahren in Gemeinden und Schulen, wie andere auch. Und doch: "Publik Forum" titelt in einer der letzten Ausgaben: "Der Mensch - Krone der Schöpfung?" Auf dem Weg zu einer Kirche des Friedens lernen wir die Weisheit unserer Bibel neu zu entdecken, die Bibel (AT und NT) neu zu lesen. Frage: Ist diese Weisheit in den Schaltzentren der Lenker der Erde angekommen?

Gelernt habe ich: Es reicht offenbar nicht, wenn einzelne Menschen in Unterricht, Schule und Gottesdienst das christliche Menschenbild neu beleuchten. Unter den Kanzeln sitzen heute nicht mehr die Mächtigen der Erde. Selbst als das noch Sonntagspflicht war, haben Fürsten(bischöfe) und Finanzmenschen im Zweifelsfall nach ihren eigenen Interessen gehandelt, auf Kosten von Völkern und Schöpfung. Das veränderte Menschenbild braucht viele Multiplikatoren in Kirchen und Gesellschaft. Das kostet aber Ausbildung, also Geld.

Dass unser Militär Streitkräfte des Friedens, der Friedensicherung sind, das lässt sich unser Staat in der Lehrerausbildung viel kosten. Für das Erlernen von zivilen Konfliktlösungswegen fehlt noch das Geld in der Ausbildung von Multiplikatoren in Kirchen, Schulen, Erwachsenenbildung und Akademien.

Eine weitere Frage: Wenn Synoden beschließen, dass Kirchen sich auf den Weg zu Kirchen des Friedens machen, dann ist das zunächst ein Prozess "oben", in einem kirchenleitenden Organ. Wie aber wird daraus ein Prozess auch unten, an der Basis, in den Gemeinden? Wie verhindern wir, dass z.B. LehrerInnen, SchulleiterIn-

nen, PfarrerInnen, sagen: Zu all unserer täglichen Arbeit laden "die da oben" uns noch mehr Arbeit auf. Wie erreichen wir, dass zivile, gewaltfreie Konfliktlösungswege, gerechter Friede aus innerer Freude vorangebracht wird, gewaltfreie Friedensarbeit lustvolles Handeln wird?

In Niedersachsen gibt es dazu etliche Friedens-Orte, die solches lustvolles Lernen ermöglichen: Das Antikriegshaus in Sievershausen, die Woltersburger Mühle, die Gedenkstätte Lager Sandbostel, die ehemalige Synagoge Stadthagen u.a. Orte. Frage: Gäbe es solche Friedens-Kristallisations-Orte auch in Bayern? Die Konzentrationslager Flossenbürg und Dachau? Die Weltläden verteilt über das ganze Land? Die zahlreichen Friedensgebetsgruppen im Lande? Die jährliche Friedensdekade? Das Dokumentationszentrum auf dem ehemaligen Reichsparteitagsgelände in Nürnberg? Und in München? In Augsburg? In Regensburg? Der Kreativität sind keine Grenzen gesetzt! Wer Frieden will, der wird Frieden vorbereiten. Kirchen haben alle Chancen, erneut zu Impulsgebern der Gesellschaft in Sachen Frieden zu werden.

Dazu hat mich die Loccumer Arbeitstagung erneut motiviert.

Hans-Jörg Schmid

Aus dem Papierkorb der Kirchengeschichte:
"Das Thema Frieden ist Tagesordnungspunkt Nummer eins geworden. Dazu müssen auch von den Kirchen Vorschläge gemacht werden. Monsignore Dr. Hüssler regte bei der Hauptversammlung des Kirchentages ein gemeinsames Institut der beiden großen christlichen Kirchen für die Friedensforschung an. Man sollte mit der Errichtung dieses Instituts nicht allzu lange warten, denn Kirchenleitungs-beschlüsse sind zu vertagen, der Friede aber ist es nicht".
K.W. Barwitz,
SONNTAGSBLATT der ELKB, Juni 1967(!), anlässlich des 13. Deutschen Evangelischen Kirchentags in Hannover zum Thema: "Der Frieden ist unter uns".

Tödliche Spirale

Vielleicht machte es ja mal Sinn, einen räuberischen Gegner auszuschalten. Als die in Felle gekleideten Jäger durch die Wälder streiften und einen Hirsch erlegten, mussten sie ihn gegen andere hungrige Jäger verteidigen; denn zu Hause warteten die eigenen

hungrigen Angehörigen. Das Muster hatte sich offenbar bewährt. Aber es war der Anfang einer endlosen, tödlichen Spirale: Es kam die Blutrache, es kamen Zusammenschlüsse von Gruppen, es bildeten sich Heere und Armeen, Völker schlossen Bündnisse,

„unsere“ Waffen mussten stärker, besser, wirksamer sein als die der anderen, ein ständiger Wettstreit entstand. Heute werden, wie das Friedensforschungsinstitut SIPRI schreibt, weltweit jährlich 1,7 Billionen Dollar für Rüstung und Militär ausgegeben! Deutschland hielt davon im letzten Jahr 2,6 Prozent der weltweiten Rüstungsausgaben, das sind 44,3 Milliarden Dollar. Was vielleicht mal vernünftig war, um die eigenen Angehörigen zu versorgen, hat mittlerweile Ausmaße angenommen, die mit Vernunft nicht mehr zu erklären sind. „Diese Aufrüstungsspirale widerspricht jeglicher politischen Vernunft“, schreibt forumZFD. Eine immerwährende Eskalation hat die Entwicklung angetrieben. In einem ständig anwachsenden Konkurrenzkampf wurden immer neue, immer „bessere“, weil wirksamere Waffen erfunden und entwickelt. Es gab und gibt kein Zurück. Die tödliche Walze dreht sich unaufhaltsam weiter und weiter. Allgemeine technische Entwicklungen wurden und werden sofort in die Rüstungsschraube aufgenommen: Wenn heute nachgedacht und experimentiert wird, um autonome Fahrzeuge oder Flugobjekte zu entwickeln, hat die Rüstungsindustrie sofort den Ball aufgenommen und entwickelt „autonome Waffen“, sprich: Waffen, die selbständig ihr Ziel identifizieren, erreichen und vernichten können. Der prominente Experte für künstliche Intelligenz, Stuart Russell, Professor an der University of California Berkeley, warnt: Es sei keine Spekulation, dass Killer-Drohnen ohne menschliche Steuerung gezielte Attacken ausführen. Die Technik dafür sei vorhanden. Um zu demonstrieren, wie solche Kriegführung aussehen könnte, hat Russell einen Film erstellt: Ein tödlicher Schwarm brummt auf ein Gebäude zu. Es sind Drohnen, kaum größer als Hornissen. Ein Dutzend setzt an der Außenwand eines Hauses auf und sprengt ein Loch hinein. Die übrigen Drohnen dringen durch das Loch ins Haus ein, jagen durch Gänge in ein vollbesetztes Auditorium. Ihre Sensoren gleichen Personen-Profile mit Menschen im Raum ab. Nun rasen einzelne Drohnen auf die gefundenen Ziele zu und explodieren an den Körpern und Köpfen. - Das Massaker auf dem Video wirkt echt, schockierend! Es ist – noch – gestellt. Aber Russell sagt: Die Technik für solche selbstgesteuerten Drohnen ist vorhanden. Für Software und Hardware gebe es zwi-

schen zivilen und militärischen Anwendungen eigentlich keine Unterschiede. „Ob eine Drohne Ihnen Blumen ins Haus bringt oder eine Bombe, ist der Technik gleichgültig... Es bleibt nicht mehr viel Zeit, diese Bedrohung für Sicherheit und Freiheit der Menschheit abzuwenden.“ „Ein globales Wettrüsten bei automatischen Waffen rückt schnell näher. Das Pentagon und seine Zulieferer in Wirtschaft und Forschung arbeiten bereits eifrig auf eine Verfügbarkeit Autonomer Waffen hin. Warum? Bisher investiert „die US-Navy... beispielsweise stark in Laser-Kanonen. Aber die brauchen viel zu lange, um einzelne Drohnen ins Visier zu nehmen.“ (Russell) Die „Autonomen“ greifen in Schwärmen an, und gegen Schwärme sind die Laserkanonen nutzlos. Außerdem gibt es einen ganz anderen nützlichen Effekt, wie die Sipri-Studie ausführt: Die Einführung autonomer Systeme verspricht deutliche Kostensenkungen. Dagegen werden die Warnungen, die es reichlich gibt, sehr leise klingen: Viele Forscher „halten es für moralisch inakzeptabel, Maschinen die Entscheidung über das Töten von Menschen zu überlassen.“ Autonome Waffen sind „in theoretisch unbegrenzter Zahl als Schwärme einsetzbar. Deshalb könnte eine Handvoll Menschen immense Verheerungen anrichten. Da es schwierig ist, die Verwender autonomer Waffen zu identifizieren, wären sie ideal für Leute, die ungestraft Kriege oder Bürgerkriege anzetteln oder einfach nur Menschen umbringen wollen, die ihnen missfallen,“ warnt Russell. Warum ich das schreibe? Unser deutscher Verteidigungsetat soll auf 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts gesteigert werden. Das Bündnis der NATO verlange dies. Natürlich muss von solcher Etat-Erhöhung erst mal die marode Ausrüstung der Bundeswehr auf effektiven Stand gebracht werden. Aber das beinhaltet auch, dass sie modernisiert, d.h.: mit neuen Waffensystemen ausgerüstet wird. In diesem Sommer stimmte der deutsche Haushaltsausschuss dem Leasingvertrag für 7 bewaffnungsfähige Heron TP Drohnen aus Israel zu. In der Logik des Militärs ist das „vernünftig“. Aber wir Bürger und Wähler sollten gegen solche Entwicklungen aufstehen!

HHW

Tabubruch durch die Hintertür

von [Werner Sonne](#) am 5. Juni 2018

Bewaffnete, unbemannte Kampfdrohnen galten im Bundestag bisher als unmoralisch. Doch jetzt hat die Große Koalition Drohnen aus Israel bestellt. Diese sind kampffähig und dürften deswegen nicht eingekauft werden. Aber angemietet dürfen sie offenbar werden. Über die Bewaffnung der Drohnen soll erst „nach ausführlicher völkerrechtlicher, verfassungsrechtlicher und ethischer Würdigung“ entschieden werden.



Die Heron-Aufklärungsdrohnen können auch bewaffnet eingesetzt werden / picture alliance

Rüstungsplanung

Das Verteidigungsministerium in Berlin hat weitere Rüstungsvorhaben im Wert von fast einer halben Milliarde Euro auf den Weg gebracht. Das geht aus Unterlagen des Ministeriums hervor, die interessierte Stellen ... dem Handelsblatt und Springers Bild zur Verfügung stellten. Demnach sollen der Verteidigungs- und der Haushaltsausschuss des Bundestags in Kürze über 18 Rüstungspakete mit einem Volumen von jeweils mehr als 25 Millionen Euro entscheiden. Stimmen sie zu, dann wird die Bundeswehr unter anderem 18 neue Raketenwerfer vom Typ »Mars 2« aus dem Hause Krauss-Maffei Wegmann, sechs Lockheed Martin-Transportflieger Modell C-130J Hercules für die deutsch-französische Lufttransportstaffel und sieben Rettungshubschrauber erhalten. Beschafft werden sollen zudem Kampfuniformen mit »persönlicher Schutzausrüstung«, 32 Sattelschlepper für den Waffentransport, neue Gefechtsstände, Fernmelde-technik für die Fregatten der Marine, Radartechnologie für die Eurofighter der Luft-

waffe und weiteres Gerät. Neben den Ausgaben für den Kauf neuer Rüstungsgüter umfasst die Liste aus dem Ministerium auch Leih- und Leasingkosten. Regelmäßig ausgeliehen werden sollen weiterhin Transportflugzeuge des Typs Antonow AN-124, auf die die Bundeswehr nach wie vor für den Materialtransport in ihre Interventionsgebiete angewiesen ist, weil der Airbus-Pannenflieger A400M immer noch häufig liegenbleibt und für besonders großes Bundeswehrgerät ohnehin zu klein ist. Konnte die Bundeswehr bislang zwölf russische und sieben ukrainische AN-124 nutzen, so wird sie vom kommenden Jahr an auf die russischen Flugzeuge verzichten müssen. Moskau beginnt offenbar, aus den fortgesetzten westlichen Aggressionen harte Konsequenzen zu ziehen und stellt die Antonows nicht mehr zur Verfügung. Darüber hinaus wird die Bundeswehr israelische Heron-TP-Drohnen leasen, die wahrscheinlich bewaffnet werden und deren mehrjähriger Leasingvertrag sich auf rund eine Milliarde

Euro beläuft. Die Heron-TP dienen als Zwischenlösung, bis die lang ersehnte Euro-Drohne eingesetzt werden kann. Stichwort Euro-Drohne: Die Kosten dafür sind in die jüngsten Planungen noch nicht eingerechnet, ebensowenig die Ausgaben für den künftigen deutsch-französischen Kampfpanzer, der mit dem russischen »T-14 Armata« mithalten können soll, die Mittel für das Mehrzweckkampfschiff MKS 180, das unter anderem gegen die russische Marine in Stellung gebracht werden soll, und das Geld für den deutsch-französischen Kampfjet, der zu Beginn der 2040-er Jahre den Eurofighter ablösen soll. Dass die noch vom damaligen Finanzminister Wolfgang Schäuble geplante Aufstockung des Wehretats auf 42,4 Milliarden

Euro im Jahr 2021 selbst dann nicht ausreichen wird, wenn die neue Regierungskoalition die angekündigte Viertelmilliarde Euro pro Jahr drauflegt, ist unter Militärs ein offenes Geheimnis.

Es ist davon auszugehen, dass die Mittel für das Kriegsgerät früher oder später lockergemacht werden. Wer – wie zuletzt Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen – großspurig erklärt, Deutschland hätte sich, wenn es »gefragt worden« wäre, an dem völkerrechtswidrigen Überfall auf Syrien vom 14. April gerne beteiligen können, muss nun liefern. Wer – wie ebenfalls von der Leyen – protzt, »Putin« schätze »keine Schwäche«, muss aufrüsten. Weltmachtgehabe und Kriegstreiberei kosten eben eine Menge Geld.

Handelsblatt

"Kein Friede zwischen Nationen ohne Friede zwischen Religionen (Stiftung Weltethos)"

2014 hat Markus A. Weingardt (geb. 1969) sein geschichten- und bilderreiches, spannendes und praktisches Buch konkreter Arbeit für den Frieden veröffentlicht. Bereits 1995 hat der Schweizer Theologe Hans Küng mit obigem Satz die Grundlage der von ihm gegründeten Stiftung Weltethos gelegt. Weingardt arbeitet dort (in Tübingen) als Friedensforscher, Politik- und Verwaltungswissenschaftler im Bereich Frieden. Anfang Juli 2018 hat er im Gemeindesaal der Gustav-Adolf-Gedächtniskirche Nürnberg in einem Vortrag begründet, warum Kirchen erneut die Meinungsführerschaft in Sachen Frieden zurückgewinnen sollten. Religionen speisen ihr Handeln zumeist aus ihren Heiligen Schriften. So auch Christen und ihre Kirchen. Ihre Leitschnur sind die Bücher der Bibel. Und, wie bei anderen Religionen auch, finden sich dort Texte und Überlieferungen von einem gewaltsamen Gott, der zum Kampf für das Gute auch vor Gewalt nicht zurückschreckt. Im Kampf für das Gute ist Gott Krieger und ordnet Gewalt an. Gewalt wird für die Gottes-Gemeinde zu einer Form des Gottesdienstes. Aber: in den Heiligen Schriften finden sich auch ganz andere Überlieferungen. Für Juden und Christen empfehlen im sog.

Alten Testament Propheten (z.B. Elisa) im Namen Gottes, dass der König von Israel Feinden ein genussreiches Festmahl servieren soll (und sie überfielen Israel nie wieder! - 2. Könige 6,8-23), statt sie genüsslich abzuschlachten. Gewalt stinkt zum Himmel! Gott ist ein Gott des Friedens! Jesus vertieft diese Empfehlung (siehe die sog. Bergpredigt).

An vielen Beispielen aus der Geschichte bis zur Gegenwart veranschaulicht Weingardt (siehe auch sein Buch!), wie Bischöfe, Christen, Päpste, Gemeindegruppen, interreligiöse Gruppen, weltweite konziliare Prozesse für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung bis zum derzeitigen Friedensbeauftragten der EKD, Renke Brahm vor den Toren des US-Atomwaffenlagers Büchel, den Kreislauf von Gewalt aufbrechen, konstruktive Konfliktbearbeitung anstoßen, sich verfeindete Kontrahenten auf den Weg zu einem Miteinander begeben, denn wir sind alle wertvolles Leben in weltweiten Netz der Heimat Erde.

Warum genießen religiöse Vermittler einen Vertrauensbonus? Weil es in aller Regel uneigennützig Menschen sind; sie bringen ausreichend Kompetenz mit (die freilich erarbeitet werden muss); sie sind un-

gefährlich, denn sie haben keine Waffen. Ihre einzige Waffe ist das Wort!

Konkret: Was muss geschehen, damit Kirchen ihre Friedenskompetenz (das ist mehr als ein Friedensgruß im Gottesdienst!) in der (weltweiten) Gesellschaft einbringen können?

1) Menschen der Kirche, Christen brauchen Mut, sich klar zu positionieren, auch wenn sie dadurch angreifbar werden (z.B. EKD-Vorsitzende Käsmann zu Afghanistan, Bundespräsident Köhler zu Krieg in A.);

2) Kirchen müssen mehr religiöse Bildung vermitteln (z.B. den Umgang mit biblischen, heiligen Texten lernen);

3) Deutlichere Entflechtung von Kirchen und Staat, Unabhängigkeit der Christen von staatlichen Strukturen;

4) Friedenspotentiale stärken, weiterentwickeln, Vernetzungsarbeit ausbauen, auch wenn das einiges Geld kostet.

Was kann daraus entstehen? Beispiel: Im Ministerium für Entwicklung in Berlin hat man erkannt, dass die Herausforderungen der Zeit ohne Religionen nicht bewältigt werden können. So Minister Gert Müller. Einwand: Sollte der Staat nicht religiös neutral sein? Antwort: Solange Religionen mit Zielen des Staates zusammengehen können, ist das eine erwünschte Verstärkung. "Wer unsere Werte teilt, kann mit unserer Unterstützung rechnen".

Der Abend hat zu neuem Aufbruch ermuntert!

Hans-Jörg Schmid

Oberbürgermeister Dieter Reiter übersendet als Mitglied der dt. Sektion der „Mayors for Peace“ anlässlich der Verleihung des Friedensnobelpreises am 10.12.2017 an ICAN („Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen“) die Glückwünsche der Landeshauptstadt München (8.12.2017).

"Mayors for Peace"

"Dem Sieg geweiht - vom Krieg zerstört - zum Frieden mahnend"

So steht es in bedeutungsschweren Lettern auf dem Fries des Münchner Siegestors geschrieben – das einzige in Europa, das diese Warnung ausspricht! Es soll die Erinnerung an vergangene Gewalt und das stete Bemühen um ein friedliches Miteinander gegenwärtiger und künftiger Generationen symbolisieren. Als Mitglied der deutschen Sektion der „Mayors for Peace“ („Bürgermeister für den Frieden“) fühle ich mich diesem Auftrag verpflichtet!

Angesichts von weltweit immer noch mehr als 30.000 Atomwaffen, davon 10.000 in ständiger Einsatzbereitschaft, zunehmender Verstöße gegen den Atomwaffensperrvertrag sowie der Gefahr des Schmuggels radioaktiver Spaltmaterialien und atomarer Terroranschläge sollen und müssen auch die Kommunen gemeinsam mit den lokalen Friedensbewegungen ein klares Abrüstungssignal senden. Ich halte daher ein entschiedenes Auftreten der Städte und Gemeinden in ihrem Bestreben für ein friedliches Zusammenleben ohne die Bedrohung (nicht nur) nuklearer Waffen für dringend angezeigt und erforderlich.

Ich hoffe, als Vertreter einer Millionenstadt der kommunalen Solidargemeinschaft der „Mayors for Peace“ ein zusätzliches politisches Gewicht zu verleihen. Ich werde deshalb innerhalb meines Wirkungsbereiches nichts unversucht lassen, entsprechende politische Signale zu setzen.

Als kritische Bürgerinnen und Bürger müssen wir in einem freimütigen und offenen Meinungsaustausch Waffenexporteuren, Aufrüstungsspiralen und neuen Expansionsbestrebungen mit einer klaren Haltung begegnen. Gerade der Stadt München liegt schon aufgrund ihrer eigenen Geschichte sehr viel an einem Krisenmanagement, das kriegerische Auseinandersetzungen verhindert. Die Münchner Bevölkerung hat spätestens in den Bombennächten des Zweiten Weltkriegs erfahren, in welcher verheerendem Ausmaß Kriege Städte zerstören und Leid verursachen können.

Zum Frieden mahnend – lassen Sie uns für dieses Ziel gemeinsam und gewaltfrei einstehen!

Dieter Reiter, Oberbürgermeister München

Erste Denkfabrik der Bundeswehr eröffnet

In Hamburg wurde das German Institute for Defence and Strategic Studies eröffnet. Es handelt sich um ein Institut, das einen Beitrag zur Strategiefähigkeit der Bundeswehr leisten und die Bundesregierung beraten soll. Dabei geht es etwa um die Dynamik im asiatisch-pazifischen Raum, die Herausforderungen im transatlantischen Verhältnis sowie die Konfliktherde an den Grenzen Europas. Aber auch die Folgen von Klimawandel, Armut, Perspektivlosigkeit und der absehbar steigende Migrationsdruck bildeten den Hintergrund der Arbeit in dem neuen Institut.

(DPA)

Frieden geht anders

Beschluss des Bundeskongresses des DGB

Die NATO-Planung, die Rüstungsausgaben auf 2 Prozent der Wirtschaftsleistung (BIP) zu erhöhen, bedeutet für Deutschland nahezu eine Verdopplung der Militärausgaben. Das 2-Prozent-Ziel der NATO, das von der Trump-Regierung vehement eingefordert wird, sichert nicht den Frieden, sondern führt zu einer neuen Rüstungsspirale. Zwei Prozent des BIP für Rüstungsausgaben – das wären weitere 30 Milliarden Euro, die im zivilen Bereich fehlen: für Bildung, Hochschulen, Schulen und Kitas, für den sozialen Wohnungsbau, für kommunale und digitale Infrastruktur, für eine ökologische und soziale Gestaltung der Verkehrs- und Energiewende und für die Alterssicherung und mehr soziale Sicherheit.

Deutschland braucht mehr zivile Strategien zur Friedenssicherung, die an den Ursachen von Kriegen und Konflikten ansetzen. Hierzu gehören vor allem ein fairer Welthandel, eine gerechtere Verteilung des weltweiten Reichtums sowie soziale und ökologische Entwicklungs- und Klimaschutzprojekte. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften setzen sich für eine stärkere und bessere Kontrolle von Waffenexporten ein. Wir lehnen Waffenexporte in Krisen- und Konfliktgebiete sowie an diktatorische und autokratische Regime grundsätzlich ab. Deutschland darf nicht länger Staaten und Konfliktparteien mit Waffen versorgen, die Krieg, Gewalt und Unterdrückung als Mittel der Politik verstehen.

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften lehnen bewaffnete Interventionen ohne UN-Mandat ab.

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern alle Abgeordneten des Deutschen Bundestages auf, sich gegen das 2-Prozent-Ziel bei Rüstungsausgaben zu engagieren.

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern stattdessen verstärkte Initiativen für Abrüstung und Rüstungskonversion und unterstützen deshalb die Petition „Abrüsten statt Aufrüsten“.

Der DGB und seine Gliederungen werden ihre Zusammenarbeit mit Friedensinitiativen ebenso wie ihr Engagement und ihre Öffentlichkeitsarbeit für Frieden, Abrüstung und internationale Konfliktlösungen weiter verstärken, um zu verhindern, dass das 2-Prozent-Ziel bei den Rüstungsausgaben verwirklicht wird.“

Reiner Hoffmann

Reiner Hoffmann: "Aufrüstung ist die dümmste Antwort!"

Atomwaffenverbot ins Grundgesetz!

**Wir sagen Nein zu Atomwaffen und zur atomaren Teilhabe Deutschlands.
Ein Appell an die Regierung, an unsere Kirchen und an uns selbst.
Ein ökumenischer Aufruf gegen die Verdrängung der atomaren Gefahr.**

Wir erinnern daran, dass vor siebzig Jahren in Amsterdam der Weltrat der Kirchen gegründet wurde. Von 1948 bis in unsere Tage hinein hat der Weltrat sich nachdrücklich und vehement gegen Atomwaffen ausgesprochen. Unter keinen Umständen dürfe es wieder zu einem Einsatz von Atomwaffen kommen. Nach Hiroshima und Nagasaki waren solche Bekundungen nur zu verständlich. Aber die ökumenische Bewegung ist auch in den Jahrzehnten nach dem ersten Atomwaffenabwurf bei ihrer kritischen Haltung gegenüber einem Atomwaffeneinsatz geblieben. Sie bezeichnete ihn 1983 auf ihrer Weltkirchenkonferenz in Vancouver als ein Verbrechen gegen die Menschheit. Atomwaffen stellen durch ihre bloße Existenz ein permanentes Kriegs- und Vernichtungsrisiko dar, selbst wenn sie vorgeblich als Mittel der Abschreckung dienen sollen. Dies gilt umso mehr, als alle Bemühungen um Nichtverbreitung von Atomwaffen gescheitert sind.

Anfang Februar 2018 haben die USA eine neue Nuklearstrategie angekündigt. Sie setzt auf die Produktion „kleinerer“ Atomwaffen und erhöht damit bewusst das Risiko ihres Einsatzes. Sie sollen vor allem gegen Russland gerichtet sein, und ein Gegengewicht gegen Russlands wachsende atomare Kapazitäten darstellen - atomare Aufrüstung auf allen Seiten. Der Weltrat der Kirchen hat seine Mitgliedskirchen und die Öffentlichkeit immer wieder darauf hingewiesen, dass die im Artikel VI des Atomwaffensperrvertrages von 1970 übernommene Verpflichtung der Atommächte, Verhandlungen über die „allgemeine und vollständige (nukleare) Abrüstung unter strenger und wirksamer internationaler Kontrolle“ aufzunehmen, nicht eingelöst ist. Obwohl diese „unzweideutige“ Verpflichtung der Atommächte mit Unterstützung aller NATO- Staaten später erneuert wurde, scheiterten Überprüfungskonferenzen des Atomwaffensperrvertrages. Zuletzt 2015.

Daraufhin trat der Weltrat der Kirchen der Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN) bei, die im Dezember 2017 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde. Eine schöne, wichtige Geste, die aber niemanden darüber hinwegtäuschen kann, dass das Ziel einer atomwaffenfreien Welt weiter entfernt ist als je zuvor. Dass Atomwaffen eben nicht andauernde Sicherheit und Schutz bieten, sondern eine anhaltende Bedrohung der Menschheit und der Schöpfung bleiben, ist in den vergangenen Monaten vielen Menschen erneut bewusst geworden. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen hat die Alarmstufe ROT ausgerufen, was die Gefahr eines drohenden Atomkrieges angeht. Ein Atomkrieg sei nur einen Wutanfall, einen einzigen Moment der Panik, ein verletztes Ego entfernt, hat eine ICAN- Sprecherin am 10. Dezember 2017 in Oslo erklärt, als sie den Nobelpreis entgegennahm. Das Entsetzen über unverantwortlich grotesk agierende Politiker in Nordkorea und den USA ist nicht verflogen. Die politischen Führer der USA und Nordkoreas zeigen, dass der Besitz von Atomwaffen und das Konzept einer nuklearen Abschreckung eben nicht zwangsläufig zur Besonnenheit führen, sondern in einer Eskalation enden können, die die Welt ins Chaos stürzt.

Für Europa rückt die Gefahr eines atomaren Wettrüstens auch dadurch wieder näher, dass amerikanische Politiker den INF-Vertrag von 1987 kündigen wollen, der die vollständige Vernichtung von amerikanischen Pershing- und russischen SS20-Raketen vorsah. Washington und Moskau werfen sich heute gegenseitig vor, durch neue atomare Waffenentwicklungen gegen diesen INF-Vertrag zu verstoßen. Lässt sich diese Eskalation stoppen, das Chaos vermeiden?

Die ICAN-Kampagne hat wesentlich dazu beigetragen, dass im Juli 2017 mehr als 120 Staaten bei den Vereinten Nationen in New York einem Vertrag zugestimmt haben, der Atomwaffen verbietet. Nach der Ratifizierung wird dieses Verbot geltendes Völkerrecht. Wir wissen, dass Verträge dieser Art nicht automatisch zur Abschaffung von Atomwaffen führen. Sich aber den Anstrengungen zu entziehen, Atomwaffen zu reduzieren, um sie letztlich abzuschaffen, ist nicht nur grob fahrlässig. Es ist ein Skandal. Denn solange die Unverzichtbarkeit von Atomwaffen für die eigene Sicherheit behauptet wird, kann niemand erwarten, dass die Weiterverbreitung von Atomwaffen zu einem Ende kommt. Deutschland hat seine

Glaubwürdigkeit beschädigt, als die Bundesregierung beschloss, an den Verhandlungen über diesen Vertrag in New York nicht einmal teilzunehmen. Das nach außen immer mal wieder proklamierte deutsche Eintreten für Abrüstungsschritte erweist sich als hohl. Glückwünsche der Bundesregierung für den Nobelpreis an ICAN wirken schal. Dabei ist Deutschland in besonderer Weise in die Atomwaffenfrage eingebunden. Wir erinnern daran, dass im August 1990 beide deutsche Staaten vor den Vertretern von 147 Unterzeichnern des Atomwaffensperrvertrages feierlich erklärt haben, dass sie „ihre vertragliche und einseitige Verpflichtung bekräftigen, nukleare, chemische und biologische Waffen nicht herzustellen, sie zu besitzen oder über sie zu verfügen“. Diese Verpflichtung war damals ein entscheidender Beitrag für die Völkergemeinschaft, der Einheit Deutschlands zuzustimmen.

Die „nukleare Teilhabe“ im Rahmen der NATO ist Deutschland heute aber offenbar wichtiger als die feierliche Erklärung von 1990, wichtiger als jede Abrüstungsinitiative. Auch das Argument des Außenministeriums, ohne Mitwirkung der Atommächte könne man dem Ziel einer atomwaffenfreien Welt sowieso nicht näherkommen, überzeugt nicht. Denn natürlich müssen Verhandlungen mit den Atommächten zur nuklearen Abrüstung folgen.

Vor fünfunddreißig Jahren haben Hunderttausende gegen amerikanische Pershing- und russische SS20-Raketen protestiert. Die Friedensbewegung in Deutschland war ohne die Mitwirkung von Christen nicht denkbar. In den Kirchen der DDR wurde „Geist, Logik und Praxis der Abschreckung“ eine Absage erteilt. Das Nein zu Atomwaffen erhielt theologisch den Charakter eines Bekenntnisses. Ethisch sei der Besitz von Atomwaffen nicht vertretbar, hat auch der Papst wiederholt erklärt und dazu aufgefordert, entschlossen für eine Welt ohne Atomwaffen zu arbeiten. Die Evangelische Kirche in Deutschland beschreibt sich neuerdings als eine Kirche auf dem Wege des Gerechten Friedens. Der Friedensbeauftragte der EKD kritisiert vehement Tendenzen, aus der zivilen Friedensmacht Europäische Union eine Militärmacht EU zu machen. Er beklagt eine schleichende Militarisierung der EU. Dass in der EU schon Forderungen nach einer eigenen atomaren Bewaffnung aufkommen, ist ein höchst beunruhigendes Zeichen.

Unsere Kirchen riskieren, als unglaublich wahrgenommen zu werden, wenn sie die Bundesregierung nicht deutlich dazu auffordern, sich Abrüstungsinitiativen im Rahmen der UNO nicht länger zu verweigern, und allen Versuchen zu widerstehen, eine atomare Aufrüstung der EU zu unterstützen.

Wir lehnen die Politik der atomaren Teilhabe Deutschlands ab. Wir fordern den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland. Wir plädieren dafür, dass in unserem Grundgesetz ein Atomwaffenverzicht aufgenommen wird. Wir werden in Zukunft keine Partei in Deutschland wählen, die sich nicht für den Beitritt zu dem UN-Vertrag zum Verbot von Atomwaffen ernsthaft einsetzt.

Wir wissen, dass die Ökumenische Bewegung und der sie wesentlich tragende Weltrat der Kirchen nicht mehr populär sind in unserem Land, nicht einmal in unseren Kirchen. Wir aber wollen, auch siebenzig Jahren nach ihrer Gründung, nicht auf ihre Stimme verzichten. Die erneute Verpflichtung auf die ökumenischen Aussagen zur Problematik der Atomwaffen könnte den Kirchen und uns selber helfen, eindeutiger und erkennbarer zu werden.

20. Februar 2018

Almuth Berger, Berlin; Volkmar Deile, Berlin; Heino Falcke, Erfurt; Joachim Garstecki, Magdeburg; Heiko Lietz, Schwerin; Ruth und Hans Misselwitz, Berlin; Elisabeth und Konrad Raiser, Berlin; Gudrun und Gerhard Rein, Berlin

Fluchtursachen bekämpfen! Fluchtursachen bekämpfen! Ein Hohn, nichts wie leere Phrasen!

Genau das Gegenteil ist der Fall. Ist gar System. Die Fluchtursachen werden nicht weniger, sie werden mehr, gravierender. Fluchtbewegungen gibt es schon lange, noch länger bestehen die Fluchtursachen, die die Menschen zur Flucht zwingen. „Das offizielle Deutschland hat sich in den vergangenen vierzig bis fünfzig Jahren nie wirklich für die Probleme der Entwicklungsländer interessiert und tut es auch heute nicht.“ (Heiner Flassbeck, Telepolis 19.05.2015) Heute werden von der EU die Flüchtlinge bekämpft, nicht die Fluchtursachen.

Die Ursachen werden teils in afrikanischen Ländern selbst erzeugt, viele aber auch von außen, aus Europa, den USA geschaffen. Sie sind sehr vielschichtig: Kriege, Bürgerkriege, Terror und Gewalt, Armut, Diskriminierung und Verfolgung, ungerechte Handelsbeziehungen, Landraub, Umweltzerstörung und Klimawandel.

Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA, englisch EPA), sprich Freihandels- Abkommen der EU mit afrikanischen Ländern

2002 begann die EU mit 78 AKP-Staaten (Afrika, Karibik, Pazifik) Wirtschaftspartnerschaften abzuschließen. Der Begriff „Partnerschaften“ ist hier wohl fehl am Platz. In Afrika verhandelte die EU mit drei größeren Ländergruppen: Südliches Afrika, Ost- und Westafrika. Die Absprachen zogen sich mehr als zehn Jahre hin. Etliche Länder leisteten Widerstand, verzögerten, lehnten das Regelwerk ab. Tansania war ein Land, das sich weigerte. Es sah seine bereits existierende, junge Industrie gefährdet und wollte sich nicht auf einen Absatzmarkt von EU-Produkten reduzieren lassen. Wegen dieser einzelnen Widerstände hat die EU den Druck, die Drohungen gegen die drei WPA-Regionen erhöht. Mitte 2013 hat Brüssel in übler neokolonialer Manier einigen Staaten ein Ultimatum gestellt. Die EU drohte mit der Reduzierung der Entwicklungshilfe, wenn sie nicht bald unterzeichnen, werden sämtliche Handelserleichterungen gestrichen. Als Kenia weiter zögerte, erhob die EU daraufhin Einfuhrzölle, sprich Strafzölle auf mehrere kenianische Produkte. Kenia knickte ein. Im Laufe des Jahres 2014 wurden dann alle drei Abkommen unterzeichnet.

In den Jahren der Verhandlungen kämpften etliche Nichtregierungsorganisationen (NGOs) mit den afrikanischen Ländern, um die Freihandelsabkommen zu verhindern. (StopEPA) Dabei waren z. B. Attac, Brot für die Welt, Germanwatch, medico international, Oxfam, terre des homes u.a.

Die Abkommen seien nur zum Nachteil, der im Aufbau befindlichen afrikanischen Länder. Ein landwirtschaftlicher Schock entstand, da die lokalen Märkte und Produzenten mit den subventionierten Billigimporten aus der EU konkurrenzlos seien. In den Absprachen wurde deutlich, die afrikanischen Staaten müssen ihre Märkte zu 83 Prozent für europäische Waren öffnen, während etwa nur 10 Prozent der in Afrika hergestellten Waren international wettbewerbsfähig sind.

Die afrikanischen Länder sind immer noch ausgesprochene Agrarländer. Afrika ist überwiegend ein Kontinent der Bauern, Kleinbauern. Zwei von drei Afrikanern leben von dem, was sie der Erde abringen. Es ist nur zu einleuchtend, dass hoch subventionierte, industrielle Agrarprodukte aus der EU die afrikanische Landwirtschaft ruinieren. Die exportstarke europäische Agrarindustrie wird von milliardenschweren Subventionen gestützt. Mehr als ein Drittel des EU-Budgets fließt in die Agrar-subventionen. Günter Nooke, Afrika-Beauftragter der Kanzlerin: „Man sollte mit den Wirtschaftsverhandlungen nicht kaputt machen, was man

auf der anderen Seite als Entwicklungsministerium versucht aufzubauen.“ Anscheinend hat er doch keinen Einfluss auf seine Kanzlerin. (NGOs und Wikipedia)

Das Primat des Neoliberalismus

In allen Handels- und Wirtschaftsbereichen gelten nur noch das epocheprägende, politökonomische Paradigma des Neo-liberalismus. Grenzenlos freie Märkte sind oberstes Prinzip. Kritiker sprechen von marktradikalen Wirtschaftsstrukturen. Die zahlreichen aktuellen, weltweiten Freihandelsabkommen dienen alle dieser Fundamentalstrategie. Der Nachteil ist immer auf der Seite der Schwächeren. Merkel forderte auf dem Parteitag der CDU 2002 in Leipzig gar die Entwicklung einer marktgerechten Demokratie.

Im Folgenden will ich in einigen Agrar- und Nahrungsbereichen zeigen, welche einschneidende Auswirkungen die Freihandelsabkommen gerade in Afrika auslösen. Am bekanntesten sind sicher die Auswirkungen beim Geflügelmarkt.

Fluchtursachen – Geflügelreste

Der Export von Hühnerschlachtabfällen (Flügel, Häuse, Füße, Innereien, Knochen), die bei uns und in der EU keinen Absatz finden, gehen zu Tausenden von Tonnen tiefgefroren nach Afrika. 12000 Tonnen 2013 allein nach Togo. Ein Bauer in Togo hatte eine Hühnerfarm. Er und 25 Angestellte lebten davon. 30 000 Hühner lieferte er jährlich an Restaurants, Hotels und Märkte in Lome, der Hauptstadt Togos. Der Bauer: „Die europäischen Fleischabfälle ruinieren unsere Preise.“ Wie er mit den subventionierten europäischen Ramschpreisen nicht mithalten konnte, musste er seinen Hof schließen, die Angestellten entlassen. Seit 2010 hat Deutschland seinen Export dieser Art fast verdreifacht. Heute dienen ein paar Hühner in den Dörfern nur noch der Selbstversorgung (3 SAT, 02.12.2016).

Viele Kleinbauern mit einer Hühnerzucht verlieren ihre Existenzgrundlage, verarmen, ziehen in die Städte, viele sind als Binnenflüchtlinge unterwegs, fliehen in Nachbarländer oder wenige auch aus Afrika.

Fluchtursache – Tomatenmark aus Süditalien

Ein Kleinbauer baute im Süd-Osten von Ghana Tomaten an. Der Verkauf seiner Tomaten reichte für seine Familie gerade zum Leben. Seit längerem werden die afrikanischen Märkte z.B. mit hochsubventionierten Tomatenmark aus Süditalien überschwemmt. Auch dieser Kleinbauer kann hier mit seinen Tomatenpreisen nicht konkurrieren.

Die Folgen sind bekannt!

Die Tomatenbauern in Italien verfügen zusätzlich über ein unerschöpfliches Reservoir an billigen Arbeitskräften: Flüchtlinge aus Afrika - unter Bedingungen einer modernen Form der Sklaverei. (Die Zeit, 17.12.2015)

Von 1998 bis 2013 stiegen die Importe von ausländischem Tomatenmark nach Afrika um das 34-fache. (Food and Agriculture Organization der UN – FAO)

Fluchtursache – Milchpulver aus der EU

Im Rahmen von WPA exportierte die EU alleine nach Burkina Faso 2016 Milchpulver im Wert von 198 Millionen Euro. Im Land selber aber gibt es zehn Millionen Kühe. Ein Liter Milch aus Milchpulver kostet hier 34 Cent, lokale Frischmilch zwischen 76 Cent und 1.10 Euro. (German-watch) Der Marktanteil des Milchpulvers beträgt 95 Prozent. Für die lokalen Milchbauern bleiben nur 5 Prozent der Kunden. Wer kann da mithalten?

Die Folgen sind bekannt!

Fluchtursache – Plünderung der Fischgründe

Zwischen 2008 und 2015 waren ca. 22000 EU-Fischerei-Schiffe aller Größen zum Fischen in den Außengewässern autorisiert. Darunter Fischerei-Fabriken länger als 40 Meter. Auch im Fischfang wurden partnerschaftliche Fischereiabkommen geschaffen, zur Sicherung des Zugangs zu Ressourcen, hier eben Fisch. Warum manche Länder noch Fanglizenzen an ausländische Trawler verkaufen, dient wahrscheinlich der Bereicherung von Potentaten. Die Küstengewässer um Afrika sind mehr oder weniger leergefischt. Was den heimischen Fischern übrig bleibt, reicht nicht zum Leben. (Telepolis, 12.06.2017)

Die Folgen sind bekannt!

Ein Fischer aus Senegal: „Hört auf unsere Meere leer zu fischen. Wenn wir selber wieder genügend Fang machen und ihr uns lernt, die Fische selber im Land für den Markt zu verarbeiten, dann muss sich kein Senegalese mehr auf den Weg nach Norden machen. (Presseclub im Ersten)

Fluchtursache – Baumwolle

Afrika gilt auch als Baumwollkontinent. Burkina Faso wuchs zum größten Baumwollerzeuger Afrikas heran. Das Land lieferte Baumwolle, das Kilogramm für 1,12 US-Dollar. Die USA sind auf dem Weltmarkt ein großer Konkurrent. Hier wurde das Kilogramm zunächst für 1,51 Dollar produziert. Die US-Farmer waren somit auf dem Weltmarkt nicht konkurrenzfähig. Subventionen veränderten den Zustand total. Noch unter Bill Clinton zahlte die US-Regierung ihren 20 000 Baumwollfarmern jährlich Hunderte Millionen Dollar Subventionen. Jetzt fanden natürlich die zehn Millionen Baumwollanbauer in Afrika kaum noch Absatzmärkte. Die Entscheidung, ob die Bauern in Burkina Faso hungern, fiel also in Washington.

Die Folgen sind auch hier bekannt!

Fluchtursache – Landgrabbing

Eines der derzeit großen Probleme in Afrika ist der globale Landraub dort. „Afrika steht im Mittelpunkt eines weltweiten Geschäftes mit Land, an dem viele deutsche Firmen beteiligt sind. Industrieländer, Agrarkonzerne, aber auch internationale Banken und Investmentfonds erwerben oder pachten riesige Ländereien, um auf ihnen Getreide für Biosprit anzubauen oder Plantagen für Palmöl zu entwickeln. Hirten, Kleinbauern, Fischer, Landarbeiterinnen und Nomaden verlieren durch das „Landgrabbing“ den für ihre Ernährungsgrundlage wichtigen Zugang zu Land. Die Landaneignung durch Konzerne führt zu Vertreibungen und Enteignungen und schafft zudem neue Abhängigkeiten von externer Nahrungsmittelhilfe.“ (Hinterland Magazin, Bay. Flüchtlingsrat)

Die britische Hilfsorganisation Oxfam schätzt, dass Landkäufer im vergangenen Jahrzehnt etwa 220 Millionen Hektar fruchtbarsten Boden erworben haben, eine Fläche so groß wie Deutschland, Großbritannien, Frankreich Spanien, Italien, Belgien und Holland zusammen.

Fluchtursache – Klimaerwärmung

Nur ca. vier Prozent von denen, die auf der Flucht sind, machen sich auf den Weg nach Europa. (nach UNHCR) Derzeit gibt es bei uns und in der EU nur ein Thema: Die Abwehr der Flüchtlinge. Viele Sachverständige warnen: Es werden künftig noch weit mehr Menschen fliehen müssen, um am Leben zu bleiben. Die Prognosen im Zusammenhang mit der Klimaerwärmung sind erschreckend. Sogar Entwicklungsminister Gerd Müller (CSU): „Wenn wir es nicht schaffen, die Erderwärmung auf zwei Grad zu begrenzen, werden in Zukunft 100 Millionen Menschen Richtung Norden wandern.“ Laut einer Studie von Greenpeace könnten bis zu 200 Millionen Menschen diesbezüglich gezwungen sein, ihre Heimat zu verlassen, um zu überleben. Man staune: Erstmals hat eine Studie des Internationalen Währungsfonds (IWF) vor einem noch größeren Flüchtlingsstrom als Folge des Klimawandels gewarnt. Füllkrug-Weitzel, Präsidentin von Brot für die Welt: „Der Klimawandel vernichtet Entwicklungserfolge wie kaum eine andere Kraft und er ist der größte Armutstreiber.“

Innenpolitische Fluchtursachen

Die Fluchtursachen, die in einigen afrikanischen Ländern selbst zu finden sind, sind nicht unerheblich. Diktatoren, Oligarchen, Despoten, korrupte Eliten und Kriegstreiber sind verantwortlich für schwere Missstände. Fehlende Rechtsstaatlichkeit, Misswirtschaft, gesellschaftliche Instabilitäten und Bereicherung von Eliten sind immer noch Praxis. Kriege, Bürgerkriege und islamistische Terrorbanden verursachen Flucht, Leid und Tod. Rüstungsexporte aus den Industrieländern an afrikanische Staaten, auch an Diktaturen verschärfen die Konflikte. Deutschland ist bekannt für die hohen Exporte von Kleinwaffen. Mit Kleinwaffen werden die meisten Menschen verwundet und getötet.

Es gibt auch genügend findige Unternehmen, Konzerne, die im Zusammenspiel mit Potentaten dabei helfen, die Reichtümer afrikanischer Länder zu plündern, Umweltverschmutzung und Umweltzerstörung zu hinterlassen. Beide Seiten bereichern sich im großen Stil.

Zum obigen Textteil habe ich knappe drei Jahre Unterlagen von NGOs, der Presse und dem Fernsehen gesammelt und benutzt, wie zu sehen ist.

Die Aussagen in den drei folgenden Abschnitten sind persönliche Aussagen nach meinem derzeitigen Wissensstand. Autoren und Wirtschaftswissenschaftler haben längst Alternativen zu den jetzigen, ungerechten Handels- und Wirtschaftspraktiken erarbeitet. Uns sind sie bekannt und wir versuchen auch, sie zu verbreiten. Diesen Komplex gründlich zu behandeln ist eine weitere lohnende Aufgabe.

Forderungen nach Abbau der Agrarsubventionen

Nichtregierungsorganisationen und die Afrikanischen Staaten selber haben sich immer wieder engagiert, um eine Reduzierung oder den Abbau der Agrarsubventionen zu erreichen. So in der UNO und öfters in den Doha-Entwicklungsrunden. „Die EU und USA stellen die Interessen Ihrer Agrarindustrie über das Menschenrecht auf Nahrung. Sie waren zu keiner Zeit in den letzten 14 Jahren dazu bereit, handelsverzehrende Agrarsubventionen real abzubauen und ihr Agrarsubventionssystem sozial und ökologisch zu gestalten“ (Marita Wiggerthole, Oxfam, Sand im Getriebe Nr. 118). Auf Drängen der Industrieländer fand im Dezember 2015 in Nairobi die vorerst letzte Doha-Entwicklungsrunde statt. Die Entwicklungsländer wollten unbedingt die Fortsetzung dieser Runde. Erstmals wurde nun in Nairobi von beiden Seiten eine Vereinbarung zum schrittweisen Abbau von Exportsubventionen angesprochen. Hört, hört! Der anwesende, ehemalige Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmid (CSU): „Deutschland hat sich stets für eine Abschaffung aller Arten von Exportsubventionen eingesetzt.“ (RP-Online 19.07. 2018)

Sollten diese Subventionen in Deutschland tatsächlich schrittweise abgebaut werden, ist doch mit einem gewaltigen Sturmloch des Deutschen Bauernverbandes zu rechnen. Ein Verband, der stets massiven Einfluss in der Politik, der Regierung und dem Bundestag praktiziert hat.

Abwehr- statt Willkommenskultur

Die weltweit hoch gelobte Willkommenskultur in Deutschland hat sich bald in eine trostlose, fremdenfeindliche Abwehrkultur, ins pure Gegenteil verwandelt. Die Festung Europa soll uneinnehmbar werden. Die Grenzen der EU werden immer weiter südwärts in Afrika verschoben. Möglichst alle afrikanischen Staaten sollen mithelfen, die Flüchtlinge aufzuhalten.

Die EU stellt dafür riesige Summen zur Verfügung. Die Flüchtlinge, die aus obigen Fluchtursachen ihre Heimat verlassen müssen, gelten alle zudem als illegal, eben als Wirtschaftsflüchtlinge. Diese dürfen nicht rein nach Europa, außerhalb dürfen sie hungern, ihr Leben verlieren.

Eine große Schande – die derzeitige Asyl-politik in unserem Land. Eine zweite Schande, dass zwei sog. christliche Parteien das betreiben. Eine davon kooperiert im Geiste und im Wort eng mit den neuen Neonazis.

Europa hätte gerade jetzt eine große humanitäre Verantwortung gegenüber Afrika, auch immer noch im historischen Rückblick auf die Kolonialzeit.

Europas Werte? Sie sind verloren gegangen.

Eine relativ einfache Lösung

Als Erstes: Weg mit den Subventionen, schrittweiser Abbau aller einseitigen Subventionen in den Industriestaaten, nicht erst in 10 Jahren oder noch später. Weg mit dem Primat des Neoliberalismus und der Marktradikalität. Weg mit den jahrelangen ungerechten Wirtschaftsbeziehungen, hin zu einem fairen, gerechten Handels- und Wirtschaftsgebaren. Ein Welthandel, der keine Seite bevorteilt, keine Seite benachteiligt. Den Begriff „Freihandel“ verwende ich hier bewusst nicht. Kurzfristig könnte man eventuell für die Entwicklungsländer das Verhältnis von Vor- und Nachteil einmal umdrehen. Den Vorteil auf die Seite der Entwicklungsländer legen, um so die Chancen einer rascheren, konkurrenzfähigen Eigenentwicklung zu erhöhen. Wer Afrika wirklich helfen will, der muss vor allem die Handelspolitik ändern.

Da die Klimaerwärmung für Afrika, ohne selber dazu beizutragen, katastrophale Ausmaße auslösen wird, muss global viel mehr unternommen werden, um das eineinhalb oder Zwei-Grad-Ziel zu halten. Deutschland war mal „Klimakanzlerin.“ Da sind wir weit ins Hintertreffen geraten, unsere CO-zwei Ziele erreichen wir schon längst nicht mehr. Wir und alle Industrie-

staaten tun viel zu wenig. Wir versündigen uns hier gegenüber den Entwicklungsländern und den eigenen nächsten Generationen. Weiter!

Sofort einen bereits im Gespräch befindlichen Marshall-Plan für Afrika aufstellen, der es aber verdient, Marshall-Plan genannt zu werden, analog dem Marshall-Plan der USA nach dem zweiten Weltkrieg in Westdeutschland. Dieser half uns, rasch wieder auf die eigenen Füße zu kommen. Ein ähnlicher Marshall-Plan ist für Afrika dringend erforderlich, einer aber, der wie damals mit den entsprechenden finanziellen Mitteln ausgestattet ist. Ohne diese Änderungen, Hilfen und Unterstützungen werden es die afrikanischen Staaten nicht schaffen, sich zu gleichberechtigten Partnern zu entwickeln. Nur so aber bestehen Chancen, dass für die Menschen in ihren eigenen afrikanischen Ländern eine lebenswerte Zukunft möglich wird und sie sich nicht mehr auf den Weg nach Norden machen müssen.

Sepp Stahl, 22.07.2018

„Seebrücke statt Seehofer“

Die europäische Politik der Abschottung und des Sterbenlassens muss ein Ende haben!

Pro Asyl

Menschenrechte beachten!

Die EU plant ein Gemeinsames Europäisches Asylsystem (GEAS)

„Weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit unternehmen die Mitgliedstaaten der Europäischen Union einen massiven Angriff auf das geltende Asylrecht und damit zugleich auf fundamentale Grundlagen der Europäischen Union,“ schreibt Pro Asyl. Gegenwärtig werden Konzepte ausgearbeitet, die den Schutz von Flüchtlingen verstärkt auf Drittstaaten außerhalb der EU verlagern und sich so der menschenrechtlichen Verantwortung entziehen. Die hart erkämpften Grundlagen der EU sollen offenbar ihre Gültigkeit verlieren: „Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte...“ Dazu kommt die uneingeschränkte Anerkennung der Genfer Flüchtlingskonvention.

Dagegen wird geplant:

1. Fluchtgründe werden nicht mehr erfragt. Stattdessen soll festgestellt werden, ob Asylsuchende durch einen angeblich „sicheren Drittstaat“ gekommen sind, wohin man sie zurückschicken kann. In einem vorgeschalteten „Zulässigkeitsverfahren“ soll geklärt werden, ob ein Asylantrag zugelassen wird. Wenn nicht, kann die Zurückweisung an den Drittstaat erfolgen.
2. Schutzsuchende werden in Lagern („Hotspots“ oder „AnKER“) festgehalten. So werden sie isoliert und ihre persönliche Freiheit wird ihnen genommen. Zweck dieser Lager: ankommende Flüchtlinge sollen festgehalten werden, um unmittelbar Zugriff auf sie zu haben. Die Erfahrung mit solchen Lagern an den Außengrenzen der EU zeigt aber, dass diese Unterbringungs-

praxis menschenunwürdig, traumatisierend und entrechtend ist.

3. Wirksamer Rechtsschutz soll verweigert werden: In den geplanten Massenlagern gibt es für Flüchtlinge keinen Zugang zu einem fairen Asylverfahren und zu Beratung durch Anwälte. Das Recht, gegen eine negative Entscheidung ein Gericht anzurufen, soll ausgeschlossen werden.
4. Es droht die Zurückschiebung an „sichere Drittstaaten“. Möglicherweise reichen schon „sichere Teilgebiete“, um Flüchtlinge dorthin abschieben zu können. Wer durch einen solchen Staat eingereist ist, kann sofort dorthin zurückgeschickt werde,
5. Durch Deals mit Staatschefs, auch mit regionalen Warlords oder Diktatoren soll es möglich werden, Schutzsuchende außerhalb der eigenen Grenzen festzusetzen. Dabei werden schwere Menschenrechtsverletzungen bewusst in Kauf genommen. Beispiel Libyen: Die von der EU finanzierte libysche Küstenwache fängt Flüchtlinge im Mittelmeer ab und schleppt sie zurück in libysche Gefängnisse. Dort kommt es bekanntlich immer wieder zu Folterungen, Vergewaltigungen und Morden.

Was muss also geschehen? Die EU-Mitgliedsstaaten müssen ein gemeinsames europäisches Schutzsystem schaffen, das die Interessen der Schutzsuchenden, faire Asylverfahren, menschenwürdige Aufnahme und innereuropäische Solidarität gewährleistet, betont Pro Asyl. Wer an der Grenze eines EU-Staates Asyl beantragt, muss Zugang zu einem fairen Asylverfahren haben. Die Genfer Flüchtlingskonvention muss die Grundlage der EU-Entscheidungsfindung bleiben. In ihr heißt es: „Keiner der vertragschließenden Staaten wird einen Flüchtling auf irgendeine Weise über die Grenzen von Gebieten ausweisen oder zurückweisen, in denen sein Leben oder seine Freiheit wegen seiner Rasse, Religion, Staatsangehörigkeit, seiner Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen seiner politischen Überzeugung bedroht sein würde.“ Ebenso muss der Schutz vor Folter und unmenschlicher Behandlung wie auch die Grundrechtecharta der EU beachtet werden: „Jede Person... hat das Recht, ..., bei einem Gericht einen wirksamen Rechtsbehelf einzulegen.“ (Artikel 47). Ich denke, es ist Aufgabe der Mitglieder des ÖNB, an die Verantwortlichen in der EU und in unserer Regierung zu appellieren, dass diese Grundwerte beachtet werden müssen!

HHW

Uganda – weltweit ein leuchtendes Beispiel

Uganda hat in den vergangenen Jahren 1,3 Millionen Flüchtlinge aus den Nachbarländern aufgenommen und denkt offenbar nicht daran, seine Grenzen zu schließen. Die Flüchtlinge bekommen sogar umgehend eine Arbeitserlaubnis.

Eine Haltung, die auch für Deutschland und die EU zu empfehlen ist.

(Spiegel Online, 11.11.2017)

Sepp Stahl

Bamberger Appell

Weltweit sind immer mehr Menschen auf der Flucht, und immer weniger finden in Europa Schutz. Zukünftig wollen die EU-

Regierungschefs Flüchtlinge innerhalb Europas in geschlossene Lager sperren. Vor den verbarrikadierten Toren Europas sol-

len Schutzsuchende mit Hilfe krimineller Milizen der libyschen Küstenwache auf sogenannte „Ausschiffungsplattformen“ entsorgt werden. Die Kirchen in Europa warnen vor einem drohenden „Flüchtlings-Guantanamo“. Unterdessen ertrinken immer mehr Menschen im Mittelmeer.

Was wir aktuell erleben, ist nicht weniger als die Abschaffung des Zugangs zum individuellen Recht auf Asyl. Europa wird menschenrechtlich entkernt. Wer die Menschenwürde von Schutzsuchenden derart antastet, verrät die zentralen Werte Europas und die Vision eines geeinten Europas der Menschenrechte.

Auch in Deutschland gehen Ausgrenzung und Entrechtung von Geflüchteten weiter. Die Regierung plant, Asylsuchende zukünftig in sogenannten AnKER-Zentren zu konzentrieren und zu isolieren und die Verantwortung für den Flüchtlingsschutz auf ohnehin überlastete Grenzstaaten wie Griechenland abzuschieben.

Wir erinnern: Flucht ist kein Verbrechen. Wir erinnern: Die Missachtung der Würde einer Gruppe von Menschen zerstört den Gedanken der Unantastbarkeit der Menschenwürde überhaupt, die nach 1 Mose 1, 27 jedem Menschen durch die Ebenbildlichkeit Gottes verliehen ist und die Kern jeder Menschenrechtskonvention ist. Und darum appellieren wir:

Die unantastbare Würde des Menschen zu achten und zu schützen ist jetzt unser aller Verpflichtung und Verantwortung. Lasst uns darum breite Bündnisse schließen und gemeinsam die Stimmen erheben für das individuelle Recht auf Asyl in Europa, für eine umfassende zivile europäische Seenotrettung, für legale und gefahrenfreie Wege nach Europa.

„Wir brauchen eine zivile, demokratisch und human gestaltete, eine solidarische Welt.“ Walter Jens,

Michael Karg, Martin-Niemöller-Stiftung, Andreas Lipsch, Pro Asyl, 6. Juli 2018

Es grenzt an Irrsinn

Michael Bammessel, Chef der Diakonie Bayerns: „Es grenzt an Irrsinn, wenn wir motivierte, ausgebildete Migranten des Landes verweisen, obwohl wir mancherorts aus Personalmangel keine Pflegebedürftigen mehr aufnehmen können.“

Söders Asylplan: Brandgefährliche Zündelei!

„Bayerns Ministerpräsident leistet keinen konstruktiven Beitrag zur Lösung irgendeines Problems im Asylbereich in Deutschland“, so der bayerische Flüchtlingsrat. Das Bayerische Kabinett hat das „Asylkonzept“ des bayerischen Ministerpräsidenten Markus Söder beschlossen. Die Kernpunkte, so berichten verschiedene Medien, sind AnKER-Zentren in allen Regierungsbezirken, strikte Sachleistungen, Arbeitsverbote, Zurückweisungen an den Außengrenzen und eigene Abschiebeflüge.

Der Bayerische Flüchtlingsrat kritisiert das Maßnahmenpaket massiv und wirft Ministerpräsident Söder dummen Populismus vor. Neben der Organisation eigener Abschiebeflüge will Söder Flüchtlinge bereits

an der Außengrenze zurückweisen. Das ist nicht nur eine grobe Verletzung der Ideen der Europäischen Union, sondern auch ein klarer Verstoß gegen das Refoulementverbot der Genfer Flüchtlingskonvention. Zudem will Söder in jedem bayerischen Regierungsbezirk ein AnKER-Zentrum einrichten. Modell dafür sind die bereits bestehenden 4 Transitzentren. Diese großen Flüchtlingslager verursachen massive Konflikte im Inneren und minimale Akzeptanz bei den Nachbar*innen. Die Bundespolizei will sie nicht bewachen, die Unterstützung solcher AnKER-Zentren bei den anderen Bundesländern ist gering.

Söder Fordert die Abschaffung eines frei

erfundenen „Asylgehalts“. Er scheint damit das vom Bundesverfassungsgericht definierte verfassungsrechtlich garantierte, menschenwürdige Existenzminimum zu meinen. Diese Sozialleistung soll es nur noch als Sachleistung geben. Erst 2013 hat Bayern Essens- und Hygienepakete als letztes Bundesland abgeschafft, da sie unglaublich teuer, ineffektiv und menschenunwürdig sind. Ihre Wiedereinführung wäre die Verhöhnung der menschlichen wie fiskalischen Vernunft. Alexander Thal, Sprecher des Bayerischen Flüchtlingsrats, kommentiert Söders Asylplan wie folgt: „Ministerpräsident Söder kann es nicht lassen und übernimmt erneut AFD-Forderungen und -Argumentationen. Er ignoriert die Genfer Flüchtlingskonvention und auch das Bundesverfassungsgericht scheint ihn nicht zu interessieren. Sein Asylplan ist

sein populistischer Versuch, die absolute Mehrheit für die CSU zurückzugewinnen. Er leistet keinen konstruktiven Beitrag zur Lösung irgendeines Problems im Asylbereich in Deutschland, sondern setzt seine brandgefährlichen Zündeleyen mit unverminderter Scham(losigkeit) fort. Wir fordern Söder auf, seine menschenfeindlichen Angriffe sofort einzustellen! Kein Wahlkampf auf dem Rücken von Flüchtlingen!“

Was die Abschiebungen nach Afghanistan angeht, wird sich Bayern kaum steigern können – die Behörden tun wirklich alles, um die leider wieder monatlich startenden Flieger nach Kabul zu füllen. Mit erfreulich wenig Erfolg, weil ehrenamtliche HelferInnen, Anwälte/innen und die Justiz – von CSU-Lautsprecher Dobrindt als „Anti-Abschiebe-Industrie“ tituliert – viele unrechtmäßige Abschiebungen verhindern.

Bayerischer Flüchtlingsrat am 4.6.2018

Katholischer Bischof fordert Schutz für Flüchtlinge

Felix Genn, Bischof in Münster, fordert einen angemessenen Schutz für Flüchtlinge. Die Pflicht, Menschen in Seenot zu retten, sei im Völkerrecht verankert. „Solange Menschen auf überfüllten Schiffen im Mittelmeer eine Aufnahme in einzelne Länder suchen, aber abgewiesen werden und so einer ungewissen Zukunft entgegensehen, ja vielleicht sogar sterben müssen, können wir nicht von Frieden sprechen.“ Christen seien herausgefordert, die Auseinandersetzungen um die Asylpolitik „nicht zu Spaltungen und zu Zerrissenheit führen zu lassen.“ Christen seien vielmehr dem Wort Jesu verpflichtet: „Ich war fremd, und ihr habt mich aufgenommen.“

(KNA)

Kennzeichen einer christlich sozialen Politik

Ein offener Brief

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Söder, sehr geehrter Herr Parteivorsitzender Seehofer, sehr geehrte Parteimitglieder der CSU, sehr geehrte Wähler*innen, in den vergangenen Monaten verschärfte sich der Streit darüber, was Merkmale einer christlichen und sozialen Politik sind, und wir befürchten, dass sich dies im Vorfeld des anstehenden Landtagswahlkampfes fortsetzt. Deshalb möchten wir darlegen, was aus unserer Sicht Kennzeichen einer solchen Politik sind - und dies

nicht nur wegen des Streits um die Bedeutung des Kreuzes für Religion, Kultur und Gesellschaft.

Eine Politik ist unserer Meinung nach dann christlich und sozial, wenn sie sich verantwortungsvoll an den Realitäten einer zunehmend globalisierten Welt orientiert, diese den Wähler*innen vermittelt, verkürzende Symbolpolitik ablehnt und christliche, am Evangelium orientierte Werte nicht nur in Parteiprogrammen, sondern auch in konkreten tagespolitischen Ent-

scheidungen zum Ausdruck bringt. Das bedeutet, dass Politik im Namen gesellschaftlicher Solidarität und sozialen Zusammenhalts betrieben werden muss und dabei nicht an nationalen Grenzen enden darf: Bayerische und deutsche Politik muss ihre Folgewirkungen auf benachteiligte Länder mitbedenken. Dies bedeutet ebenso, dass Abwertungen und Ausgrenzungen anderer Menschen, unabhängig von deren Religion, Herkunft, Geschlecht oder sexueller Orientierung, vermieden werden müssen. Vor diesem Hintergrund sind wir beispielsweise dafür,

- dass Flüchtlingspolitik von den Fluchtursachen und nicht von (Ober-)Grenzen her gedacht werden muss.
- dass Schutz Suchende nicht in Krisengebiete abgeschoben werden dürfen.
- dass Verallgemeinerungen (etwa: „Der Islam gehört nicht zu Deutschland“) durch differenzierende Aussagen zu ersetzen sind.
- dass der juristischen Tatsache Rechnung getragen wird, nach der laut Artikel 1 des Grundgesetzes die Würde aller Menschen - also auch die von Geflüchteten und psychisch Kranken - unantastbar ist.
- dass Armutsverringerung auch das Sprechen über Reichtum erfordert und eine angemessene Besteuerung nach Leistungsfähigkeit.

- dass die Freiheit weniger durch die Abwesenheit von Sicherheit mehr gefährdet wird als durch die Abwesenheit von Gerechtigkeit.

- dass angesichts der anstehenden komplexen globalen Transformationen und der bayerischen Kassenlage massiv öffentliche Gelder investiert werden sollten, um Bayern zu einer sozial gerechten und ökologisch nachhaltigen Modellregion zu gestalten. Mit einer solchen Politik gelänge zudem eine christlich-soziale Profilierung bayerischer Politik gegenüber Populisten und Vereinfachern. Wir appellieren an Sie: Es ist nicht zu spät, den aktuellen Kurs zu korrigieren.

Begründung:

Es gilt zu verhindern, dass die CSU weiterhin Parteien am rechten Ende des Spektrums entgegenkommt. Es geht darum, sich von Populisten, Rassisten und Nationalisten abzugrenzen und ihnen entgegenzutreten, um Schaden von unserem Land fernzuhalten. Es geht darum, der CSU deutlich zu machen: Wenn sie weiter am rechten Rand fischt, wird sie anderswo jene Wähler*innen verlieren, die bislang zu ihren Stammwählern gehört haben.

Jörg Alt, Nürnberg

„Wir reden über Flüchtlinge wie über Sachen und verstecken den Skandal der Herzlosigkeit in kalten Statistiken. Es sind aber Menschen, um die es geht, Verzweifelte, die Zuflucht suchen, und nicht Sachen, die gestapelt oder zurückgeschickt werden müssten.“

Norbert Blüm in der SZ

Kirchliche Stimme

In einem gemeinsamen Leserbrief wenden sich Diakonie, Caritas, evangelische und katholische Kirche aus der Region Nürnberg an die Öffentlichkeit - und fordern Barmherzigkeit, Humanität und eine klare Sprache:

Die aktuellen Diskussionen der Asyl- und Flüchtlingspolitik auf Landes- und Bundesebene können wir nicht ertragen. Sie sind weder christlich noch sozial. Es fehlt eine sachliche, kluge Haltung zum Thema Migration. Es ist zu bedauern, dass die Zeit nach September 2015 zum „Türkei-Deal“, aber nicht zu tragfähigen

gesetzlichen Lösungen in Europa genutzt wurde. Das rächt sich jetzt. In der Migrationsforschung (namentlich z.B. der Oxford-Wissenschaftler Paul Collier) ist seit Jahren Konsens, dass jedes Land ein bestimmtes Maß an Migration braucht. Zuviel ist nicht gut, denn das bringt gesellschaftliche Unruhen; zu wenig ist auch nicht gut,

denn das richtet ein Land demografisch zugrunde. Von der Bundespolitik erwarten wir, dass das Thema auf diese Weise sachlich geregelt wird und z.B. klare Regelungen für gewünschte Kontingente an Fachkräften und asylsuchenden, verfolgten Menschen gefunden werden. Es lässt sich nicht mit unserem Menschenbild und nicht mit einer christlichen und sozialen Politik vereinbaren, asyl- und damit hilfeschuchende Menschen grundsätzlich als Schmarotzer, potentielle Kriminelle und Terroristen darzustellen und das gesamte Politikfeld nur auf Basis von Abschreckung gestalten zu wollen. Unsere deutsche Geschichte und unser Christsein verpflichten uns dazu, keine Lager („AnKER-Zentren“) mehr einzurichten und Lösungen im europäischen Konsens statt in nationalen Al-

leingängen zu suchen. Auch wenn die Art der medialen Verbreitung einzelner erschreckender Straftaten durch Asylsuchende etwas anderes vermuten lässt, nehmen wir keine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in unserem Land wahr. Wohl aber eine erschreckende Verrohung der Sprache. Die vorhandenen Ängste vor einer zunehmend komplexer werdenden Welt werden populistisch zum Stimmenfang genutzt und das auf dem Rücken schutzsuchender Menschen. Eine christliche und soziale Politik würde sich um eine humane Sprache bemühen und Barmherzigkeit und Klarheit zeigen. Gefordert sind Klarheit der Regelungen und Barmherzigkeit im Sinne von ernstgemeiner Hilfe für Menschen in schwerer Not.

Stefan Alexander, Kath. Dekan Lauf, Jörg Breu, Ev. Dekan Altdorf, Detlef Edelmann, Vorstand Diakonie, Michael Groß, Vorstand Caritas, Dr. Werner Thiessen, Ev. Dekan Hersbruck

Mehr Menschlichkeit in der Flüchtlingspolitik, fordert die evangelische Jugend Bayerns und der bayerische Flüchtlingsrat in einer Petition. Die „überhastete Abschiebep Praxis“ müsse ein Ende haben; die Schutzsuchenden sollten wieder dezentral untergebracht werden, die „unwürdigen“ Ankerzentren aufgelöst werden. „Wir fordern eine Politik, die an uns interessiert ist, an den Menschen! Keine Politik, die nur an bloßem Materialismus und Nationalismus interessiert ist.“

Zu dem folgenden Dokument schreibt Professor Johannes Lähnemann: „Eine breite Allianz von Christen in den USA hat – bewusst in Anknüpfung an die Form der Barmer Theologischen Erklärung von 1934 – eine Erklärung verfasst, die sich, zentral christologisch fundiert, mit den Erscheinungsformen einer entsolidarisierenden, egoistischen Politik in den Vereinigten Staaten auseinandersetzt. Die schärfste Aussage ist sicher die in der 6. „Verwerfung“, die das Prinzip „America first“ zur Häresie erklärt. Ich denke, es muss bei uns auch wahrgenommen werden, wie vehement sich Kirchen im Gegenwind gegen Trumps Isolationismus zu Wort melden und die gesellschaftlichen Kräfte aufrütteln.“ - Wir geben den Text in leicht gekürzter Fassung wieder:

Reclaiming Jesus Glaubensbekenntnis in einer Krisenzeit

Als Nation leben wir gerade in gefährlichen und polarisierenden Zeiten mit einer alarmierenden Krise der moralischen und politischen Führung in den höchsten Ebenen unserer Regierung und in unseren Kirchen. Wir glauben, dass die Seele der Nation und die Integrität des Glaubens jetzt auf dem Spiel stehen. ...

Die Rolle der Regierung besteht darin, dem Gemeinwohl dadurch zu dienen, dass sie Gerechtigkeit und Frieden schützt und gutes Verhalten belohnt, während sie schlechtes Verhal-

ten verhindert (Röm. 13). Wenn diese Rolle von der politischen Führung untergraben wird, müssen Glaubensführer aufstehen und ihre Stimmen erheben. Rev. Dr. Martin Luther King Jr. sagte: „Die Kirche muss daran erinnert werden, dass sie nicht der Meister oder der Diener des Staates ist, sondern dessen Gewissen.“ ...

Jesus ist der Herr. Das ist unser grundlegendes Bekenntnis... Wenn Jesus der Herr ist, dann war Cäsar es nicht – und auch kein anderer politischer Führer seitdem ... Das, was wir als unseren Glauben bekennen, führt zu dem, was wir anklagen. Aus diesen Gründen bieten wir die folgenden sechs Erklärungen zu dem, was wir glauben, und die daraus abgeleitete Ablehnung von Praktiken und der Politik der politischen Führer, die die Seele der Nation gefährlich angreifen ...

WIR GLAUBEN, dass jeder Mensch als Gottes Bild und gottähnlich erschaffen wird (Genesis, 1,26). Das verleiht gottgegebene Würde, Wert und Gleichheit für uns alle als Kinder des einen Gottes, der alles erschaffen hat. Rassenintoleranz ist eine brutale Verneinung des Bildes Gottes (imago dei) in einigen Kindern Gottes. Unsere Teilnahme in der globalen Gesellschaft Christi verbietet absolut jede Tolerierung der Rassenintoleranz...

DESHALB LEHNEN WIR die Wiedererweckung des weißen Nationalismus und Rassismus in unserer Nation ab, die sich an vielen Fronten, einschließlich in den höchsten Ebenen der politischen Führung, findet. Wir als Nachfolger Jesu müssen den Gebrauch von Rassenfeindlichkeit für den politischen Gewinn, den wir sehen, klar zurückweisen. Angesichts solcher Intoleranz ist Schweigen Komplizenschaft. Insbesondere lehnen wir die weiße Vorherrschaft ab und verpflichten uns, die Systeme und Strukturen abzubauen, die die Bevorzugung und die Bevorteilung von Weißen aufrechterhalten. Außerdem müssen alle Lehren oder politische Strategien, die rassistische Ressentiments, Ängste, oder Sprache benutzen, als öffentliche Sünde bezeichnet werden – Sünde, die bis in die Zeit der Gründung unserer Nation zurückgeht und immer noch präsent ist...

WIR GLAUBEN, dass wir ein Leib sind. In Christus darf es keine Unterdrückung aufgrund von Rasse, Geschlecht, Identität oder Klasse geben (Galater 3,28). Der Leib Christi, in dem diese großen menschlichen Trennungen überwunden werden sollen, soll ein Vorbild für den Rest der Gesellschaft sein. Wenn wir es nicht schaffen, diese bedrückenden Hindernisse zu überwinden, und wenn wir sie sogar aufrechterhalten, haben wir in unserer Berufung zur Welt versagt – die Berufung, das versöhnende Evangelium Christi zu verkünden und danach zu leben.

DESHALB LEHNEN WIR Frauenfeindlichkeit, Misshandlung, gewalttätigen Missbrauch, sexuelle Belästigung und Übergriffe auf Frauen ab, die in unserer Kultur und Politik, einschließlich unserer Kirchen, aufgedeckt wurden, und wir lehnen auch die Unterdrückung jedes anderen Kindes Gottes ab. Wir beklagen, dass solche Praktiken von Menschen in hohen Führungspositionen scheinbar öffentlich ignoriert und daher privat geduldet werden. Wir setzen uns für den Respekt, den Schutz und die Bestätigung von Frauen in unseren Familien, Gemeinden, am Arbeitsplatz, in der Politik und in den Kirchen ein. Wir unterstützen die mutigen Frauen, die die Wahrheit erzählt und der Nation geholfen haben, diese Missstände zu erkennen. Wir bekennen Sexismus als eine Sünde, die unsere Reue und unseren Widerstand erfordert.

WIR GLAUBEN, wie wir mit den Hungernden, den Durstigen, den Nackten, den Fremden, den Kranken und den Gefangenen umgehen, gehen wir mit Christus selbst um (Matthäus 25,31-46). „Amen, ich sage euch: Was ihr für einen dieser Geringsten nicht getan habt, das habt ihr auch mir nicht getan.“... Unsere Behandlung von Menschen, die "unterdrückt", "Fremde", "Außenseiter" oder anderweitig als "marginal" angesehen werden, ist ein Test unserer Beziehung zu Gott, der uns in göttlicher Würde und Liebe alle gleich gemacht hat. ... Wenn unser Evangelium nicht die „gute Nachricht für die Armen“ ist, dann ist es nicht das Evangelium Jesu Christi (Lukas 4, 18).

DESHALB LEHNEN WIR die Sprache und Politik der politischen Führer ab, die die verwundbarsten Kinder Gottes erniedrigen und verlassen würden. Wir bedauern zutiefst die zunehmenden Angriffe auf Zuwanderer und Flüchtlinge, die zu kulturellen und politischen Zersplitterungen gemacht werden, und wir müssen unsere Kirchen daran erinnern, dass Gott die Behandlung der "Fremden" unter uns zu einer Prüfung des Glaubens macht (3. Mose 19,33-34). Wir werden nicht akzeptieren, dass das Wohlergehen einkommensschwacher Familien und Kinder vernachlässigt wird, und wir werden den wiederholten Versuchen widerstehen, denjenigen die Gesundheitsversorgung zu verweigern, die sie am dringendsten benötigen.

Wir bekennen unsere wachsende nationale Sünde, die Reichen über die Armen zu stellen. Wir lehnen die unmoralische Logik ab, dass Dienste und Programme für die Armen gekürzt und gleichzeitig die Steuern für die Reichen gesenkt werden. Budgets sind moralische Dokumente. Wir verpflichten uns dazu, diese Politik abzulehnen und umzukehren, und Lösungen zu finden, die die Weisheit von Menschen aus verschiedenen politischen Parteien und Philosophien widerspiegeln, um das Gemeinwohl zu fördern. Der Schutz der Armen ist eine zentrale Verpflichtung der christlichen Jüngerschaft, von der 2.000 Verse in der Bibel zeugen.

WIR GLAUBEN, dass die Wahrheit moralisch wesentlich zu unserem persönlichen und öffentlichen Leben gehört. Die Wahrheit zu sagen ist von zentraler Bedeutung für die prophetische biblische Tradition, zu deren Berufung es gehört, das Wort Gottes in ihre Gesellschaft und die Wahrheit zu den Mächtigen zu sprechen. Eine Verpflichtung, die Wahrheit zu sagen, das neunte Gebot des Dekalogs, „Du sollst kein falsches Zeugnis geben“ (2. Mose 20,16), ist grundlegend für das gemeinsame Vertrauen in die Gesellschaft. Die Unwahrheit kann uns versklaven, aber Jesus verspricht: „Du wirst die Wahrheit erkennen, und die Wahrheit wird dich befreien“ (Joh. 8,32). Die Suche nach und der Respekt vor der Wahrheit sind entscheidend für jeden, der Christus nachfolgt.

DESHALB LEHNEN WIR die Praxis und das Muster des Lügens ab, die in unser politisches und ziviles Leben eindringen. Politiker sind - wie wir alle - menschlich, fehlbar, sündig und sterblich. Aber wenn öffentliches Lügen so beharrlich wird, dass es absichtlich versucht, Fakten für ideologische, politische oder persönliche Vorteile zu verändern, wird die öffentliche Rechenschaftspflicht gegenüber der Wahrheit untergraben. Das regelmäßige Vorbringen von Unwahrheiten und das konsequente Lügen der höchsten Führer der Nation können die moralischen Erwartungen innerhalb einer Kultur, die Verantwortlichkeit für eine Zivilgesellschaft und sogar das Verhalten von Familien und Kindern verändern. Die Normalisierung des Lügens stellt eine tiefe moralische Gefahr für das soziale Gefüge dar. Angesichts der Lügen, die Dunkelheit bringen, ist Jesus unsere Wahrheit und unser Licht.

WIR GLAUBEN, der Führungsweg Christi ist die Dienerschaft, nicht die Herrschaft. Jesus sagte: „Ihr wisst, dass die Herrscher ihre Völker unterdrücken und die Großen ihre Vollmacht gegen sie gebrauchen. Bei euch soll es nicht so sein, sondern wer bei euch groß sein will, der soll euer Diener sein“ (Matthäus 20,25-26). Wir glauben, dass unsere gewählten Amtsträger nicht zur öffentlichen Tyrannei, sondern zum öffentlichen Dienst berufen sind. Deshalb müssen wir die Grenzen, Kontrollen und das Gleichgewicht der Demokratie schützen und die Demut und den Anstand der gewählten Vertreter stärken. Wir unterstützen die Demokratie, nicht weil wir an menschliche Perfektion glauben, sondern weil wir nicht daran glauben. Die Autorität von Regierungen wurde von Gott eingesetzt, um Gerechtigkeit und Frieden in eine nicht erlöste Gesellschaft zu bringen, aber die letztendliche Autorität gehört nur Gott.

DESHALB LEHNEN WIR jede Bewegung zu autokratischer politischer Führung und autoritärer Herrschaft ab. Wir glauben, dass autoritäre politische Führung eine theologische Gefahr ist, die die Demokratie und das Gemeinwohl bedroht - und wir werden uns dagegen wehren. Die Missachtung der Rechtsstaatlichkeit, die Nichtanerkennung der Gleichwertigkeit unserer drei Regierungszweige und das Ersetzen von Anstand durch entmenschlichende Feindseligkeit gegenüber Gegnern bereiten uns große Sorgen. Die Missachtung der Ethik des öffentlichen Dienstes und der Rechenschaftspflicht zugunsten der persönlichen Anerkennung und des Gewinns, die oft durch beleidigende Arroganz gekennzeichnet sind, sind nicht nur politische Fragen für uns. Sie werfen tiefere Fragen über politische Idolatrie auf, begleitet von falschen und verfassungswidrigen Vorstellungen von Autorität.

WIR GLAUBEN Jesus, wenn er uns sagt, wir sollen hinaus in die ganze Welt gehen und Menschen zu Jüngern machen (Matthäus 28,18). Unsere Kirchen und unsere Nationen sind Teil einer internationalen Gemeinschaft, deren Interessen immer über nationale Grenzen hinausgehen. Der bekannteste Vers im Neuen Testament beginnt: „Denn so hat Gott die Welt geliebt“ (Joh. 3,16). Wir wiederum sollen die Welt und all ihre Bewohner lieben und ihnen dienen - nicht enge, nationalistische Vorrechte anstreben.

DESHALB LEHNEN WIR „America first“ als theologische Häresie für die Nachfolger Christi ab. Obwohl wir eine patriotische Liebe zu unserem Land teilen, lehnen wir fremdenfeindlichen oder ethnischen Nationalismus ab, dessen Ziel es ist, eine Nation über andere zu setzen. ... Es ist wichtig, unseren eigenen Gemeinschaften zu dienen, aber die globalen Verbindungen zwischen uns sind unbestreitbar. Globale Armut, Umweltschäden, gewalttätige Konflikte, Massenvernichtungswaffen und tödliche Krankheiten an einigen Orten wirken sich

letztendlich auf alle Orte aus, und wir brauchen eine weise politische Führung, um mit ihnen umzugehen.

WIR MACHEN UNS GROSSE SORGEN um die Seele unserer Nation, aber auch um unsere Kirchen und die Integrität unseres Glaubens. Die gegenwärtige Krise fordert uns auf, tiefer zu gehen - tiefer in unsere Beziehung zu Gott; tiefer in unsere Beziehungen zueinander ohne Rücksicht auf Rasse, Ethnizität oder Nationalität; tiefer in unsere Beziehungen mit denen, die schutzbedürftig und am meisten gefährdet sind. ...

Jesus fasst das größte Gebot zusammen: „Du sollst den Herrn, deinen Gott, lieben von ganzem Herzen, mit ganzer Hingabe und mit deinem ganzen Verstand. Das ist das erste und wichtigste Gebot. Ebenso wichtig ist aber ein zweites: Liebe deinen Mitmenschen wie dich selbst. Alle anderen Gebote und alle Forderungen der Propheten sind in diesen beiden Geboten enthalten“ (Matthäus 22,38). In Bezug auf die Liebe zu unseren Nachbarn, möchten wir „keine Ausnahmen“ hinzufügen.

... Wir müssen die Kraft, unseren Glauben zu bekennen, zurückgewinnen. Wir müssen anklagen, bereuen und dann reparieren. Wenn Jesus der Herr ist, gibt es immer Raum für Gnade. Wir glauben, es ist jetzt die Zeit, nach unserem Glauben und Gewissen zu sprechen und zu handeln, nicht wegen der Politik, sondern weil wir Jünger Jesu Christi sind – dem alle Autorität, Ehre und Herrlichkeit gehören. Es ist Zeit für ein neues Glaubensbekenntnis. Jesus ist der Herr. Er ist das Licht in unserer Dunkelheit. „Ich bin das Licht für die Welt. Wer mir nachfolgt, wird nicht in der Dunkelheit umherirren, sondern er hat das Licht, das ihn zum Leben führt.“ (Johannes 8,12).

(Es folgen zahlreiche Unterzeichner)

Historisches zum Verhältnis Westen – Russland

In den Verhandlungen um die Wiedervereinigung gab Kanzler Helmut Kohl Gorbatschow das Ehrenwort. Rücke er die Ostzone heraus, werde die NATO keinen Meter ostwärts rücken. Gorbatschow selber am 2. April 2009: „Kohl, US-Außenminister James Baker und andere sicherten mir zu, dass die NATO sich keinen Zentimeter nach Osten bewegen werde.“ Die NATO aber ist, wie wir alle wissen, tausend Kilometer weiter nach Osten gerückt. Die NATO hat an der russischen Grenze derzeit tausende Soldaten, Raketen, Panzerdivisionen und Kampfflugzeuge stationiert. Deutschland ist in vorderster Linie mit dabei. Erst am 15./16. Juni 2018 fanden NATO – Manöver in Polen und dem Baltikum statt. 18 000 Soldaten aus 19 NATO-Ländern, natürlich auch Deutschland, nahmen daran teil.

Sepp Stahl

Eckard Sommer neuer Leiter des BAMF

Zur Meldung, dass Hans-Eckard Sommer neuer Leiter des BAMF wird, erklärt der niederbayerische Bundestagsabgeordnete Erhard Grundl, Bündnis 90/DIE GRÜNEN:

Der Tag der Berufung von Hans-Eckard Sommer zum neuen Leiter des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) ist ein schwarzer Tag für die Menschlichkeit. Sommer steht für die bayerische Abschreckungspolitik in Asylfragen. Bereits in seiner Funktion im bayerischen Innenministerium hat er gezeigt, dass er jederzeit bereit ist, geflüchteten

Menschen das Leben unerträglich zu machen. Verbesserung der Lebensbedingungen oder einen leichteren Zugang zum Arbeitsmarkt für Flüchtlinge in Bayern lehnte er grundsätzlich ab. Dagegen vertrat er willkürliche Trennungen von Familien oder die Verweigerung von Ausbildungen - Mitgefühl ist von ihm nicht zu erwarten.

Bereits als Ministerpräsident hat Horst Seehofer mehr als die Hälfte der bayerischen Bevölkerung vor den Kopf gestoßen und die Politik der Staatsregierung zum Teil gesetzeswidrig ausgerichtet. Der bayerische Verwaltungsgerichtshof (Beschluss vom 16. 5.2018, Az. 12 N18.9) hat erst vor kurzem das gesamte System der Unterkunftsgebühren vom Tisch gefegt und für unwirksam erklärt. Diese Verordnung kam aus dem Innenministerium - genau aus dem Bereich, den Hans-Eckard Sommer zu verantworten hatte.

Als Qualifikation für die Leitung des BAMF bräuchte es erfolgreiche Nachweise, dass man ein sehr großes Amt leiten kann. Genau die hat Herr Sommer offensichtlich nicht. Dafür ein CSU-Parteibuch und ein Gerichtsurteil, das der bayerischen Staatsregierung bescheinigt, allen rechtsstaatlichen Grundsätzen widersprechend, Verordnungen gegen geflüchtete Menschen zu schreiben. Diese Orbanisierung der Asylpolitik soll nun der gesamten Bundesrepublik aufgedrückt werden.

Sabine Bichler, Büroleiterin,
*Erhard Grundl, MdB, Sprecher für Kulturpolitik Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1
11011 Berlin, Telefon: +49 30 227-79006, Fax: +49 30 227-70009,
erhard.grundl.ma01@bundestag.de, www.bundestag.de*

Das Projekt DORIAN

Die Flut von Falschmeldungen im Internet ist in den vergangenen zwei Jahren enorm angewachsen. Durch Nachrecherchieren, Widerlegen und Richtigstellen allein ist diesen Desinformationskampagnen kaum mehr beizukommen. In dem vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Projekt DORIAN, „Desinformationen aufdecken und bekämpfen“, arbeiten Wissenschaftler dreier Hochschulen und das Fraunhofer-Institut interdisziplinär zusammen, um wirksame Strategien gegen Fake-News zu entwickeln. Medienpsychologinnen der Universität Duisburg-Essen untersuchen, wie Menschen Falschinformationen wahrnehmen und wie Warnungen und Richtigstellungen platziert und formuliert sein müssen, damit sie helfen. Ein Wissenschaftlerteam der Universität Kassel sucht Wege, wie gegen Desinformationskampagnen im Internet juristisch vorgegangen werden kann. Wichtig ist dabei allen Projektteilnehmern, dass die Aufdeckungs- und Bekämpfungsmaßnahmen mit den Grundrechten und dem Datenschutz konform sind und nicht zensierend wirken.

Besonders eng verzahnt sind die Teilprojekte des Informatiker-Teams am Fraunhofer-Institut für Sichere Informationstechnologie in Darmstadt und des Journalistik-Teams an der Hochschule der Medien in Stuttgart. Ziel der Zusammenarbeit ist es, technische Lösungen zu finden, die Journalisten und Laien künftig dabei helfen können, Fake-News als solche erkennen zu können.

Um einen solchen Algorithmus zu entwickeln, müssen zunächst einmal sprachliche und strukturelle Merkmale herausgearbeitet werden, die für Falschmeldungen im Internet typisch sind. Und um das zu tun, braucht man selbstverständlich eine große Menge „echter Falschmeldungen“. Die zu finden, ist die Aufgabe eines Teams von angehenden Journalistinnen, die an der Hochschule für Medien studieren und als Hilfskräfte bei DORIAN mitarbeiten. Sie durchkämmen das Internet nach verdächtigen Meldungen, überprüfen deren Wahrheitsgehalt und dokumentieren schließlich Quellen, die falsche Tatsachenbehauptungen widerlegen.

(zeitzeichen2/2018, S.36)

Wann ist Israelkritik antisemitisch?

Der israelische Politiker und Autor Natan Sharansky hat 2004 eine Faustformel, den sogenannten 3D-Test vorgeschlagen, wann Israelkritik antisemitisch ist. Sie ist es immer dann, wenn Israel **dämonisiert** wird (Beispiel: „Der Teufel im Nahen Osten“), wenn Israel **delegitimiert** wird (Beispiel: „Dieses zionistische Gebilde dürfte es gar nicht geben“), oder wenn an Israel ein anderer, **doppelter** Standard angelegt wird als an jeden anderen Staat der Welt (Beispiel: „Gerade Israel als jüdischer Staat sollte eine besondere religiöse Toleranz zeigen“).

(GES, zitiert in zeitzeichen 3/2018)

Die Aquarius sticht wieder in See...

Unter allen Umständen wird sie sich zuallererst auf ihre Pflicht berufen, Menschenleben zu retten.

Sollte die Aquarius von einem in Seenot geratenen Boot Kenntnis haben und die zuständige Seefahrtsbehörde ihr Anweisungen erteilen, sich dem Boot nicht zu nähern und nicht zu helfen – wie bereits in den vergangenen Monaten geschehen – wird sie diese Anweisungen zum Unterlassen der Hilfeleistung nicht befolgen. Es sei denn, eine Rettung der Menschen in Seenot und ihr Geleit in einen sicheren Hafen durch Dritte ist gesichert.

Sollte die Aquarius angewiesen werden zu warten, während sich Menschen in akuter Seenot befinden und die Aquarius die Möglichkeit hat, die Menschen vor dem Ertrinken zu retten, wird sie nicht zögern, dies zu tun.

Die Aquarius wird keiner Anweisung Folge leisten, die dazu führt, dass gerettete Personen zurück nach Libyen gebracht oder an ein Schiff übergeben werden, das sie dorthin zurückbringt. Libyen ist kein sicherer Ort. Die Menschen, die von dort fliehen, bezeichnen ihn als Hölle. (SZ)

Respektvollen Umgang gefordert

Die Vertreter der beiden großen Kirchen im politischen Berlin haben zu einem respektvolleren Umgang mit Politikern aufgerufen. Zunehmend würden Abgeordnete in den elektronischen Medien in aggressivster Weise angefeindet, eingeschüchtert und sogar bedroht, sagte der Leiter des Katholischen Büros in Berlin, Karl Jüsten. Wenn sich Politiker im Bundestag heftig bekämpfen und danach „trotzdem einträchtig zu einem Bier zusammensetzen“, sei dies kein Zeichen von Heuchelei, sondern von gegenseitigem Respekt und politischer Kultur. Und der Bevollmächtigte des Rates der EKD, Martin Dutzmann, betonte, Politiker übernähmen bewusst Verantwortung für die Gesellschaft. Dafür könne man nicht dankbar genug sein.

(KNA)

Aufzüge

werden das wichtigste (Fort)-Bewegungsmittel der Zukunft sein.

Warum das?

Allenthalben ist zu beobachten, wie der Drang der Menschen nach dem Sehnsuchtsort eines besseren Lebens die sogenannten Ballungszentren immer weiter ausufern lässt. Es ist verständlich, wenn in Staaten mit nicht funktionierender öffentlicher Verwaltung oder mit sich selbst beschäftigten Regierungen, die Menschen nach eigenen Lösungen suchen. Sie gehen in die großen Städte oder bei ganz schlimmen Verhältnissen fliehen sie in Länder, in denen alles viel besser sein soll, z.B. nach Deutschland.

Nur hier läuft die Entwicklung ähnlich ab. Wir selber bringen es nicht auf die Reihe durch vernünftige Landesplanung in Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen annähernd gleiche Lebensbedingungen zwischen Stadt und Land zu schaffen. Die Auswirkungen sind bekannt. Wie in allen Ballungsräumen, so leiden auch die Menschen z.B. in München unter dieser Entwicklung. Man spürt immer deutlicher, wie das eigene Umfeld vom großen Geld immer mehr stranguliert wird.

„Stadtluft macht frei“ stimmt nicht mehr.

Es entwickeln sich die Wohnkosten für einen immer größer werdenden Anteil der Bevölkerung zu einer Angst vor der Zukunft. Wer vor vielen Jahren unter relativ sicheren Einkommensverhältnissen das Glück hatte Wohneigentum zu schaffen, muss wenigstens nicht vor Investoren und Modernisierern Angst haben.

Ich vermute, viele Mandatsträger können sich nicht wirklich vorstellen, wie es einer Mutter geht, die mit ihren Kindern die unbezahlbare Wohnung verlassen muss. Wie es Alleinverdienern ergeht, wenn plötzlich der normale Lohn für die Miete nicht mehr reicht. Obdachlosigkeit ist immer häufiger die Folge.

Im Einzugsbereich von München, (wer hat dafür den Begriff „Speckgürtel“ erfunden?) sind die Verhältnisse ähnlich.

Hier, genauso wie in München läuft nach der Devise „Wohnungen bauen“ die gleiche fatale Entwicklung ab. Man glaubt, mit

Wohnungsbau erreicht man die Befriedigung der Menschen.

Da helfen auch nicht die sehnlich von den Bürgermeistern und ihren Räten herbeigewünschten Investoren mit dem, gegen höheres Baurecht versprochenen Anteil an öffentlich geförderten Wohnungen. Deren Kostenanteile werden doch auf alle Wohnungen umgelegt und damit die Wohnkosten insgesamt angehoben. Den Kommunen bleibt die teure Aufgabe, die ansteigende Zahl von Obdachlosen unterzubringen.

Dabei merkt man nicht oder denkt nicht weiter nach: Mit mehr Wohnungsbau wird sich an den Verhältnissen erst etwas ändern, wenn das letzte Grün zugebaut sein wird. Eine Gesellschaft, die endgültig in Wohlhabende und Arme gespalten ist, wird das Ergebnis dieser Politik sein.

Sie führt zwangsläufig zu extremeren Wahlergebnissen oder zum Aufstand des abgehängten Teils der Bevölkerung.

Vorboten dieser Entwicklung sind überall zu beobachten. Immer wieder protestieren Menschen in den Kommunen gegen Entscheidungen ihrer Gemeinderäte für Erhalt der Lebensqualität, gegen teure Sportgroßveranstaltungen, gegen Ausverkauf oder Verödung ihrer Ortszentren, gegen ausufernden Tourismus, begleitet durch Vermietung von privaten Wohnungen an zahlungskräftige Feriengäste, gegen das Ausweisen von Gewerbeflächen, gegen die dritte Startbahn im Erdinger Moos, aber für den Erhalt ihrer Landschaft.

Es muss ein grundsätzliches Umdenken einkehren beim hilflosen Reagieren auf das Geschehen am „freien Markt“. Immer mehr Wohnungen zu bauen ist keine Lösung. Dabei darf man selbstverständlich den Wohnungsbau für die heimische Bevölkerung nicht vernachlässigen. Freiflächen auszuweisen um Investoren anzulocken bedeutet Zuzug von Menschen, die teure Wohnungen bezahlen können. Ergebnis ist, sogar Einheimische werden verdrängt.

Deshalb sollte die Zusammenarbeit mit z.B. der Bayerischen Akademie für den

ländlichen Raum gesucht werden. Deren Präsident erwartet von den Kommunen in den Ballungsräumen von sich aus etwas gegen den Druck von außen zu tun. Werbung mit vorhandenen Gewerbegebieten oder besonders guter Infrastruktur oder Nähe zu Seenlandschaften fordert Menschen geradezu auf, die Verhältnisse zu verschlimmern.

Immer mehr, immer höher wird nicht die Lösung sein. Man merkt offensichtlich nicht, wie Grün und Freiraum in den Kommunen von immer mehr Wohnprojekten geschluckt werden. Feriengäste und Zuziehende merken zu spät: Die Schönheit und der besondere Charakter waren einmal. Entwickelt hat sich der Ort zu Einheitsbrei mit Verkehrslärm. Lebensqualität dahin. Einer zukunftsfähigen Ortsentwicklung und ihrer Bevölkerung ist nicht mit Gemeinderäten gedient, die glauben, die Entwicklung eh nicht aufhalten zu können. Einmischung der Bevölkerung ist gefragt und wird auch immer häufiger von kritischen Gruppen wahrgenommen.

Vielleicht ist es ein Stück Entlastung, wenn Kommunen eigene Grundstücke nur noch in Erbpacht vergeben.

Wohnbaugenossenschaften könnten vielleicht auch zur Beruhigung des Wohnungsmarktes und der Mieten beitragen. Einfallsreichtum ist gefragt. Vielleicht zeigt der ehemalige Oberbürgermeister von München, Dr. Hans Jochen Vogel in seiner Denkschrift auf, was ein Teil der Lösung sein könnte.

In einer zukunftsorientierten Landesplanung sollten Investitionen nicht in die überlasteten Kommunen, sondern in Gegen-

den gelenkt werden, wo Infrastruktur wieder reanimiert werden kann.

In Ballungsräumen ausreichend Wohnraum für alle angelockten Menschen, wie Arbeitnehmende oder Firmen bei guter Lebensqualität zu schaffen, wird niemand erreichen.

Unter den derzeitigen Verhältnissen käme es so weit, die Aufzüge in den Hochhäusern in den öffentlichen Personennahverkehr einbeziehen zu müssen. So berichtete kürzlich eine Zeitung über Konstruktion und Ausführungen von Aufzügen in sehr hohen Häusern, in denen man sogar umsteigen muss. Also auch diese Umstiegszeiten berücksichtigen, wenn man rechtzeitig ans Ziel kommen will. Gott sei Dank sind wir von solchen Zuständen noch weit entfernt.

Wenn nicht alle politisch Tätigen an dem Ziel arbeiten, gerechtere Verhältnisse zu schaffen, wird diese unsere Gesellschaft unruhige Zeiten erleben. Mit der Einstellung, die Entwicklung eh nicht aufhalten zu können, wird man es nicht schaffen. So kann kein Frieden in der Gesellschaft und in der Welt entstehen. Gerechtigkeit herzustellen, wird immer wieder versprochen und trotzdem werden die Verhältnisse immer unerträglicher für Menschen (und das gilt auch weltweit) für die man nicht das Recht durchsetzt, am gesellschaftlichen Leben teilnehmen zu können.

Und wer merkt eigentlich, dass bei diesem unserem Streben nach immer mehr immer schneller immer höher wir unseren Planeten rücksichtslos plündern und elendiglich versagen, die Schöpfung an sich und für unsere Nachfolgenden zu bewahren?

Jürgen Wrede. 1.7.2018

„Edles Metall – unwürdiger Abbau“

So lautet der Titel einer neuen Studie von Brot für die Welt. Es geht um die Verantwortung deutscher Unternehmen beim Platin-Abbau in Südafrika. Platin ist einer der am meisten exportierten Rohstoffe Südafrikas. Die Bergbauarbeiterinnen und -arbeiter profitieren jedoch kaum vom Abbau des Metalls. Sie leiden unter menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen und unfairer Entlohnung. In den letzten 10 Jahren sind über 1000 Minenarbeiter/innen unter Tage gestorben. In Deutschland wird Platin besonders in der Automobilindustrie gebraucht.

Vor zwei Jahren hat die Bundesregierung einen Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte verabschiedet. Die Studie von Brot für die Welt stellt jetzt fest, dass freiwillige Vorgaben für Unternehmen nicht ausreichen.

Was Wunder bewirken

Den Bürgerinnen und Bürgern im Südtiroler Dorf Mals gelang vor vier Jahren etwas Unglaubliches: Mit einer Mehrheit von 76 Prozent entschied die Gemeinde in einer Volsabstimmung, dass auf ihrem Boden künftig keine chemisch-synthetischen Pestizide mehr eingesetzt werden sollen. Dieses Ergebnis wirkt bis heute weit über die Gemeindegrenzen hinaus. Die Presse berichtete europaweit. Ein Professor aus Vermont schrieb für den US-Markt ein Buch über den Fall. Wir brachten den Malser Bürgermeister auf die Demo „Wir haben es satt“ in Berlin und Vandana Shiva, eine Ikone des Widerstands gegen Gentechnik, lud ihn zu Vorträgen nach Indien ein. Filmregisseur und Buchautor Alexander Schiebel hat gemeinsam mit dem Umweltinstitut den Widerstand der Gemeinde von Anfang an begleitet. Am 28. Mai feiert sein Dokumentarfilm „Das Wunder von Mals“ nun in Deutschland Premiere. Der offizielle Kinostart folgt im September.
Umweltinstitut

Themenbereich Ökumene

Bayerischer Verdienstorden an Bedford-Strohm

Der bayerische Landesbischof und EKD-Ratsvorsitzende Heinrich Bedford-Strohm hat den Bayerischen Verdienstorden erhalten. Damit ehrt der Bayerische Staat seine „hervorragenden Verdienste“.

Paul-Spiegel-Preis verliehen

Dem evangelischen Pfarrer Wilfried Manneke wurde der hohe jüdische Preis verliehen für seinen Einsatz gegen ein neonazistisches Schulungszentrum in Faßberg bei Celle. Er gehört zu den Gründern der Initiative „Kirche für Demokratie – gegen Rechtsextremismus“.

Kopftuch kein religiöses Muss

Der Islamwissenschaftler Abdel-Hakim Ourghi hat klargestellt: Musliminnen müssen nicht aus religiösen Gründen ein Kopftuch tragen. Wer das Gegenteil behauptete, verbreite eine der „größten Lügen unter Muslimen“. Es gebe nirgendwo eine religiöse Vorschrift, dass Mädchen und Frauen Kopftücher tragen müssten. Das Kopftuch sei vielmehr ein Produkt der jahrhundertelangen männlichen Herrschaft über die Frau. Ourghi leitet an der Pädagogischen Hochschule in Freiburg/Breisgau das Institut für islamische Religionspädagogik. Er war von der bayerischen Landessynode eingeladen worden und betonte: die Kirchen sollten mit Muslimen auch mal streiten.

Neuer Beauftragter für jüdisches Leben in Deutschland

Felix Klein, bisheriger Sonderbeauftragter des Auswärtigen Amtes für jüdische Organisationen und Antisemitismusfragen, wurde von der Bundesregierung mit dem neu geschaffenen Amt des Beauftragten für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen den Antisemitismus beauftragt.

Christian Jakob, Simone Schindwein: Diktatoren als Türsteher Europas. Wie die EU ihre Grenzen nach Afrika verlagert

Ein wichtiges Buch, um zu wissen, wie weit das alles schon fortgeschritten und die einzige Antwort auf Flucht und Migration aus Afrika ist. Wobei uns die noch weitaus größeren Fluchtströme erst bevorstehen. Hinweis auf der Rückseite des Buches: „Europa zieht seine Grenzen durch Afrika. Migrationskontrolle ist in der EU zu einer Frage von höchster innenpolitischer Bedeutung geworden. Mit Hochdruck baut sie daher ihre Beziehungen zu den Regierungen auf dem afrikanischen Kontinent aus. Diese sollen ihre Bürger daran hindern, nach Europa zu gelangen. Die EU bietet dafür Militär- und Wirtschaftshilfe in Milliardenhöhe. Sie arbeitet mit Regimen zusammen, die schwere Menschenrechtsverletzungen begehen, und bildet deren Polizei und Armeen aus. Die Bewegungsfreiheit in Afrika wird eingeschränkt, Entwicklungshilfe wird umgewidmet und an Bedingungen geknüpft: Wer Migranten aufhält, bekommt dafür Geld. Am meisten profitieren IT-Unternehmen sowie Rüstungs- und Sicherheitskonzerne in Europa. Seit Jahren recherchieren Simone Schindwein und Christian Jakob zu diesem Thema. Ihr Buch ist die erste umfassende Darstellung der neuen europäischen Afrikapolitik.“ „Von geschützten Grenzen und Öffnung der Märkte träumt die EU. Von geschützten Märkten und offenen Grenzen träumt Afrika. Solange dieses Interessendilemma nicht gelöst ist, wird es keine echte Partnerschaft geben.“ (Christian Jakob, Simone Schindwein)

Eva Douma: Sicheres Grundeinkommen für alle

Ist das bedingungslose Grundeinkommen eine zukunftsweisende Utopie? Oder ist es die Flucht vor einer menschlichen Reform der Arbeitsgesellschaft? Widerspricht so ein Grundeinkommen dem menschlichen Grundbedürfnis, Leistung zu erbringen und dafür entlohnt und anerkannt zu werden? Überlässt das Grundeinkommen den Wettbewerb dem Wettbewerb und etabliert daneben etwas Wattiges? Der Abschied von der Arbeitsgesellschaft wäre dann der Einstieg in die komplette, umfassende und totale Wettbewerbsgesellschaft. Das könnte den Kapitalisten des 21. Jahrhunderts so passen – das bedingungslose Grundeinkommen als Ausrede und Argument und Reservat, um ansonsten den neuen digitalen Will-den Westen zu etablieren.

Das sind die Gedanken, die mich beim Lesen des Buches von Eva Douma umgetrieben haben. Douma ist Personalentwicklerin und Unternehmensberaterin, sie hat Geschichts-, Sozial- und Verwaltungswissenschaften studiert und mit einem rechtsgeschichtlichen Thema promoviert. In ihrem schön sachlichen Buch gibt sie erst einmal einen Überblick darüber, wie viele verschiedene Modelle unter dem Titel "Grundeinkommen" verfochten werden; sie reichen von den Vorschlägen, die einfach die Sozialhilfe pauschalisieren, aber ansonsten abschaffen wollen, bis hin zu den Vorschlägen, die für einen echten Paradigmenwechsel werben und in einer Zeit, in der der Gesellschaft die Arbeit ausgeht, die freie Existenz des Menschen auf diese Weise absichern wollen.

Die Autorin neigt letzteren Modellen zu. Sie ist sich darüber im Klaren, dass man so ein Grundeinkommen nicht über Nacht einführen kann; sie meint, dass man mit einem Kindergrundeinkommen anfangen könnte – einem Geldbetrag von 500 Euro pro Kind, mit dem alle Sozialleistungen für Kinder zusammengefasst werden. Eva Douma hat das in vielen Interviews vorgetragen. In ihrem Buch findet man einen gut verständlichen und übersichtlichen Überblick über die Grundeinkommens-Diskussion – anregende Perspektiven für das deutsche Sozialsystem. Es ist dies eine höchst lohnende Lektüre, es ist dies eine Art Transitbuch für eine neue Gesellschaft:

Eva Douma: Sicheres Grundeinkommen für alle. Wunschtraum oder Perspektive? Cividale Verlag. Das Taschenbuch hat 210 Seiten und kostet 19,90 Euro.

Sepp Stahl

Das Geheimnis des spirituellen Überlebens heute liegt in der Möglichkeit echter Begegnung und tieferen Gleichklangs. Sie ist die Quelle, aus der wir gemeinsam Kraft schöpfen für die große Aufgabe, die im 146. Psalm steht:

„Unsere Hoffnung setzen auf den Herrn, unseren Gott,
mit ihm Recht schaffen denen, die Gewalt leiden,
mit ihm den Hungrigen speisen,
die Gefangenen frei machen,
die Blinden sehend,
aufrichten die, die niedergeschlagen sind,
die Fremdlinge behüten,
die Witwen und Waisen –
denn der Herr liebt die Gerechten.“

Rabbiner Walter Homolka